

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

259 (6.11.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Dienstag, den 6. November 1951

Nr. 250

EKD für gesamtdeutsche Gespräche Zusammenkunft Adenauers mit Dibellus — Heuss will am Mittwoch antworten

Bonn (UP). Der Berliner Bischof D. Dibellus und andere führende Repräsentanten der evangelischen Kirche legten dem Bundeskanzler und weiteren Kabinettsmitgliedern in Königswinter nahe, gesamtdeutsche Gespräche nicht abzulehnen. Die Unterredung erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Rats der EKD, den Regierungen von West- und Ostdeutschland die Auffassung dieses Gremiums zur Einheit Deutschlands darzulegen. Bischof Dibellus würdigte nach der dreistündigen Unterredung die Schwierigkeiten und Bedenken, die nach Auffassung des Kanzlers bei der Behandlung der gesamtdeutschen Frage zu besichtigen seien. Dibellus kündigte an, daß er bei nächster Gelegenheit auch mit dem Ministerpräsidenten der Ostzonen-Regierung, Grotewohl, über das gleiche Thema sprechen werde. Die Evangelische Kirche hätte aber keineswegs eine Vermittlerrolle übernommen. Der Berliner Bischof erklärte weiter, er stehe hinter den Worten des Bundeskanzlers, die Einheit Deutschlands müsse und werde in Erfüllung gehen.

Bundespräsident Heuss empfing den Bundeskanzler zu einer Aussprache über das Schreiben Wilhelm Piecks, in dem Heuss zu einem Gespräch mit dem Ostzonen-Präsidenten in Berlin eingeladen worden war. Wie das Bundespresamt mitteilt, wird die Antwort des Bundespräsidenten an Pieck am Mittwoch veröffentlicht. Es wird in unterrichteten Kreisen nicht erwartet, daß Heuss die Einladung Piecks annimmt.

Thema Steinrück erledigt
Amerikanische und sowjetische Vertreter erörterten den gesetzlichen Status des Westberliner Vorortes Steinrück, der Ende Oktober schlagartig von der Ostzone annektiert, aber nach einem amerikanischen Protest wieder an Westberlin zurückgegeben wurde. Ein amerikanischer Sprecher erklärte nach der Sitzung, am legalen Status des umstrittenen Stadtteils habe sich nichts geändert. Steinrück gehöre weiterhin zu Westberlin. Nach amerikanischer Ansicht sei die Angelegenheit Steinrück nun erledigt.

Die Sowjetbehörden haben nach einer Mitteilung des Berliner Senats in den letzten 20 Tagen 9.000 Warenbegleitscheine für Westberliner Exportgüter nicht genehmigt und unerledigt zurückgegeben. Am Montag wurden über 3.200 Exportanträge von den Sowjets ohne Genehmigung zurückgereicht. Gründe für die Ablehnung wurden von den Sowjets nicht gegeben.

Bundesregierung ermahnt den DGB

Zur Zusammenarbeit bereit — Die Gewerkschaften drohen

Bonn (ZSH). In Bonner offiziellen Kreisen wurde mitgeteilt, die Bundesregierung sei nach wie vor zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit. Der DGB müsse jedoch künftig eine größere Verhandlungsbereitschaft zeigen.

Vor allem müsse der DGB eindeutig erklären, ob er das Mitbestimmungsrecht oder die allgemeine Sozialisierung der Wirtschaft anstrebe. Die letzte Rede Pettes könnte den Eindruck erwecken, als stellten die Gewerkschaften die Alternativforderung: Mitbestimmung in gewerkschaftlichem Sinne oder Lohnkämpfe. Die Gewerkschaften sollten sich aus rein politischen Entscheidungen heraushalten. Die parlamentarische Arbeit müsse von jeder Organisation respektiert werden.

Der Informationsdienst des DGB gab unabhängig von diesen Verlautbarungen eine Darstellung heraus, in der betont wird, die künftigen Entschlüsse der Gewerkschaften stünden fest, wenn nicht in letzter Minute konkrete Verhandlungsergebnisse mit der Bundesregierung erzielt würden. In den nächsten Tagen müsse entschieden werden, ob die Regierung bereit sei, gemeinsam mit den Gewerkschaften die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse neu zu regeln, oder ob die Interessen einer Minderheit so stark seien, daß die Belange der breiten Masse dahinter zurückstehen. Die heutige Mehrheit des Bundestages vertrete in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht immer den Willen der Mehrheit des Volkes. Der DGB sei deshalb gezwungen, sich für die sozial schwächeren Schichten einzusetzen.

Der zweite FDP-Vorsitzende Dr. Hermann Schäfer erklärte vor der in- und ausländischen Presse in Frankfurt, er habe ernste Zweifel, daß sich auch nur ein Teil der Bonner Koalition im Bundestag noch einmal gewerkschaftlichem Druck beugen und die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts bei Kohle, Eisen und Stahl auf andere Wirtschaftszweige zulassen würde. Dr. Schäfer warf den Gewerkschaften eine Überschätzung ihrer politischen Funktion vor. Die DGB-Führung habe die Tradition der berufständischen Vertretung der Arbeiterschaft nach 1945 gebrochen und die „zentralistische Gleichschaltungspolitik“ des Dritten Reiches in gewissem Sinne, begünstigt durch das alliierte Lizenzsystem, fortgesetzt. Dadurch sei die Gewerkschaft zu einer Angelegenheit der Funktionäre geworden, die ein entsprechendes „Machtgefühl“ entwickelt hätten. Dies sei der eigentliche Grund der Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften. Er hoffe jedoch, daß die Ver-

Deutschland-Antrag bei der UN

Gemeinsamer Schritt der Westmächte — Ein Abrüstungsplan der USA
Diplomatische Aktivität in Paris

Paris (UP). Die USA, Großbritannien und Frankreich reichten dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen den Antrag ein, die Möglichkeiten zur Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen durch die UN prüfen zu lassen.

In gleichlautenden Schreiben leiteten sie Trygve Lie den Antrag der Bundesregierung auf Ernennung einer unparteiischen Kommission zu, die in West- und Ostdeutschland die Voraussetzungen zur Durchführung freier Wahlen als ersten Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands untersuchen soll. Die drei Westmächte unterstützen den Antrag der Bundesregierung, wobei sie feststellen, daß das deutsche Problem „wichtig und vordringlicher Art“ sei. In einem beigefügten Memorandum bringen die drei Mächte zum Ausdruck, daß es stets ihr Bestreben gewesen sei, so schnell wie möglich die Wiederherstellung eines demokratischen Deutschlands zu erreichen.

Der Antrag der Westmächte wird in unterrichteten Kreisen als die erste einer Reihe zu erwartender Aktionen angesehen, mit denen der sowjetischen „Friedensoffensive“ entgegengetreten und der Sieg des Westens im kommenden „Wortkrieg“ vor der UN-Generalversammlung gesichert werden soll. In UN-Kreisen hat man keinen Zweifel, daß der Antrag, die Frage gesamtdeutscher Wahlen in die Tagesordnung der Vollversammlung aufzunehmen, von der Mehrheit der 60 Mitgliedstaaten angenommen wird.

Fragebogen Achesons
Der britische Außenminister Eden sagte nach Beendigung eingehender Besprechungen mit seinem amerikanischen Kollegen Acheson, daß sich Großbritannien völlig mit den USA über den „Friedensplan“ geeinigt habe, den Acheson — wie bereits angekündigt — den UN namens der drei Westmächte unterbreiten will. Außerdem ist die Rede von einem amerikanischen Drei-Punkte-Plan für eine allgemeine Abrüstung, der nach Mitteilung amtlicher französischer Kreise wie folgt aussehen soll: 1. Verteilung von Fragebogen an alle Mitgliedstaaten der UN, die über ihre Truppenverbände und Waffen, einschließlich Atomwaffen, genaue Angaben machen sollen. 2. Überprüfung der in den Fragebogen gemachten Angaben durch eine Behörde der UN. 3. Schaffung einer weiteren UN-Behörde mit

dem Auftrag der direkten Kontrolle aller Rüstungen und Truppenverbände.

Bei der Begründung dieser Vorschläge wird Acheson allerdings betonen, die Westmächte müßten so lange auf der Fortführung ihrer Rüstungspläne bestehen und sich um die Stärkung des kollektiven Sicherheitssystems der UN bemühen, bis die Sowjetunion konkrete Beweise ihres Friedenswillens erbracht habe. Als solche werden angesehen z. B.: 1. die Beendigung des Krieges in Korea; 2. die Verzögerung Rotchinas, gegen Indochina, die Philippinen, Malaya oder Indonesien keine Aggression zu unternehmen; 3. die Abgabe von Versicherungen, daß gegen Jugoslawien, Griechenland, die Türkei oder Iran keine Aggressionen beabsichtigt sind und 4. der Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich.

Peking erneut abgelehnt

Der Weg zur Eröffnung der nächsten ordentlichen Sitzungsperiode der UN-Generalversammlung am Dienstag wurde am Montag mit der formellen Beendigung der fünften Tagungsperiode freigegeben. Naarollah Entezam, der bisherige Präsident der Generalversammlung, wird die Tagung im Pariser Palais de Chaillot eröffnen. Nach einem kurzen Gebet wird Entezam dem französischen Staatspräsidenten Auriol das Wort erteilen, der die Delegierten der 60 Mitgliedstaaten willkommen heißen wird. Die Generalversammlung wird dann einen Ausschuss zur Prüfung der Beglaubigungsschreiben der Delegierten ernennen. Dabei wird sich der Sowjetunion erneut die Gelegenheit bieten, die Frage der Vertretung Chinas aufzuwerfen.

Schon am Montag stellte der sowjetische Delegierte Malik den Antrag, Rotchina an die Stelle Nationalchinas treten zu lassen; es wurde jedoch in der Abschlußsitzung der fünften Tagungsperiode mit 20 gegen 11 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt. Malik bezichtigte im übrigen die Generalversammlung zahlreicher Verstöße gegen die Prinzipien ihrer Satzungen, wobei er u. a. behauptete, es sei „unkorrekt und nicht objektiv“ gewesen, die fünfte Tagung der Generalversammlung als einen Erfolg zu bezeichnen.

Eine Einigung über die Nominierung eines lateinamerikanischen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der UN-Generalversammlung wurde noch nicht erzielt.

Die Außenminister Acheson und Eden, die am Montag mehrere Stunden miteinander konferierten, werden am Dienstag mit Schuman zur ersten Diskussion auf Dreimächte-Basis zusammentreffen. Acheson hatte am Montagabend auch eine längere Unterredung mit Hochkommissar John McCloy und Henry Byroade, dem Leiter der Deutschlandabteilung im State Department.

Schuman für einiges Deutschland

Paris (UP). „Wir möchten die Vereinigung Deutschlands und wir wünschen ein vereinigtes Deutschland, das seine politische Meinung in Freiheit aussprechen kann“, sagte der französische Außenminister Schuman vor Journalisten in Paris. „Wir übernehmen damit ein gewisses Risiko, aber wir vertrauen Deutschland. Wir wollen ihm nicht die Entwaffnung und Neutralität auferlegen. Wir möchten freie Wahlen und politische Freiheit garantieren. Ich bin überzeugt, daß die beiden Teile Deutschlands sich nicht in ihrer Mehrheit für den Kommunismus entscheiden werden. Folglich müssen wir in unserer Politik der Integration fortfahren und versuchen, Deutschland zu überzeugen, daß es seinen Platz in einem organisierten Europa finden wird.“

Deutsch-alliierte Verträge demnächst

Bedenkliche Vorbehalte der Westmächte — Bonn erwartet Einladung nach Rom

Bonn (UP). Maßgebliche Vertreter der Bundesregierung glauben, daß die vorgesehenen deutsch-alliierten Verträge bis zum Dezember fertiggestellt und für diesen Monat in Aussicht genommenen Außenminister-Konferenz der Atlantikpaktstaaten in Rom vorzulegen werden können.

Die Bundesregierung hofft, auf dieser entscheidenden Konferenz vertreten zu sein, obwohl sie eine Einladung dazu noch nicht erhalten hat. Der römischen Tagung sollen nicht nur die in Bonn erarbeiteten Vereinbarungen, sondern auch der in Paris vorbereitete Grundvertrag über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter Einschluss deutscher Soldaten gehören.

Trotz der Spannung, mit der man in Bonn den Vorgängen auf der UN-Vollversammlung entgegenseht, rechnen führende Politiker der Bundesregierung doch mit einer termingerechten Beendigung der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen. Über deren Inhalt sind inzwischen weitere Einzelheiten durchgesickert. So verlautet z. B., daß die Hochkommission aufgelöst und durch drei Botschafter der Westmächte bei der Bundesregierung ersetzt werden soll. Auch die Landeskommissare der Alliierten sollen abgeschafft und die Besatzungsadministration auf Kreisebene aufgelöst werden. In parlamentarischen Kreisen hätte

man, daß die geplanten Vereinbarungen der Bundesrepublik eine Art „Sonder-Souveränität“ einräumen würden, die im Falle einer Ost-West-Verständigung der Großmächte möglicherweise wieder gekündigt werden könnte. Das würde bedeuten, daß die Zustände der Alliierten jederzeit zugunsten einer neuen Lösung wieder rückgängig gemacht werden könnten.

Hochkommissar McCloy hat sich am Montag morgen zu einem kurzen Besuch nach Paris begeben, um mit Außenminister Acheson zu konferieren. In Bonn wird jedoch mit einer baldigen Rückkehr gerechnet, da bekanntlich eine neue Konferenz des Bundeskanzlers mit den drei Hochkommissaren vorgesehen ist.

Hochkommission soll entscheiden
Bundeskanzler Dr. Adenauer erörterte mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, dem Vizekanzler und dem Bundeswirtschaftsminister Fragen der geplanten Investitionsleihe und des Interzonenhandels. Die Bundesregierung ließ in ihrem offiziellen „Bulletin“ mitteilen, sie werde die Versorgung Westberlins und den Berliner Warenverkehr mit dem Bundesgebiet unter allen Umständen aufrechterhalten. Dr. Adenauer wird mit den Hochkommissaren wahrscheinlich schon bei der nächsten gemeinsamen Besprechung eine Entscheidung über die Regelung dieser Fragen anstreben.

Truman oder Eisenhower?

Von Paul Bourdin

So fern auch zeitlich und räumlich die im nächsten Jahre stattfindenden Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten für uns Deutsche scheinen mögen, so haben doch die bisher um die Kandidaten geführten Diskussionen gezeigt, daß diese Wahlen uns sehr unmittelbar berühren. Denn einmal verknüpft sich diese Wahl mit dem Streit, ob Europa oder der Ferne Osten im Kampf Amerikas gegen den Kommunismus die Priorität haben sollen, zum andern ist der jetzige Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, als Präsidentschaftskandidat genannt worden. Früher oder später aber wird ein Dutzend deutscher Divisionen diesem Oberbefehlshaber unterstellt sein und von seiner strategischen Konzeption und Fähigkeit wird die Verteidigung Deutschlands abhängen.

Als mögliche Nachfolger für den Posten des Oberbefehlshabers sind bisher die Generale Ridgway und Bradley genannt worden. Es erscheint aber noch verfrüht, über diese Namen zu debattieren. Dagegen kann die Frage, ob Eisenhower kandidieren wird, heute schon bejaht werden. Der General selbst hat allerdings bisher nicht die geringste Andeutung darüber gemacht, ob er überhaupt bereit ist zu kandidieren, und wenn ja, für welche Partei. Das wird er auch vorläufig gar nicht können; denn er kann sich ja nicht zum Gegenkandidaten des amtierenden Präsidenten Truman erklären, der in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte sein hierarchischer Vorgesetzter ist und ihn auf Wunsch des Atlantikpaktates auf seinen jetzigen Posten in Europa entsandt hat.

Als Eisenhower das Oberkommando der atlantischen Streitkräfte in Europa übernahm hat er jedoch bereits zu verstehen gegeben, daß er im März 1952 nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wolle. Damals stand es auch schon in enger Verbindung mit einigen führenden Republikanern und war im Begriffe, in deren Partei einzutreten. Das unterblieb damals wegen seiner Ernennung durch Truman. Die Verbindung mit diesen republikanischen Senatoren und Abgeordneten ist seitdem aber keineswegs abgerissen, so diskret sie mit Rücksicht auf sein Amt und auf Truman auch gehandelt werden mußte.

Eisenhower muß diese Zurückhaltung weiter üben. Seine politischen Freunde jedoch sind jetzt gezwungen worden, seinen Namen auf ihren Schild zu erheben. Der republikanische Senator Taft hat sich nämlich von sich aus seiner Partei als Kandidat öffentlich zur Verfügung gestellt und damit den Wahlkampf oder zumindest den Kampf um die Kandidatur innerhalb der Republikanischen Partei vorzeitig eröffnet. Er tat dies offenbar, um der zunehmenden Strömung innerhalb seiner Partei zu Gunsten Eisenhowers vorzuzukommen, so lange dieser noch durch sein Amt gezwungen ist, sich jeder politischen Aktivität zu enthalten. Damit hat aber Taft zugleich die Anhänger Eisenhowers unter den Republikanern auf den Plan gerufen.

In der republikanischen Zeitung „New Herald Tribune“ erschien in ungewöhnlicher Aufmachung, nämlich auf der ersten statt auf der vierten Seite, ein Leitartikel, der die Kandidatur Eisenhowers für die Präsidentschaft offen lancierte. Gleichzeitig wurde in Topeka im Staate Kansas, wo Eisenhower beheimatet ist, ein „Zentralbüro“ für seine Wahlkampagne gegründet. Sein Direktor verkündete: „Ich bin nicht ermächtigt, im Namen des Generals zu sprechen, aber er ist über unsere Bewegung völlig unterrichtet.“ Ferner wird in diesen Tagen in Washington ein Organisationsbüro eröffnet, das die Bemühungen der Anhänger Eisenhowers zusammenfassen soll. Schließlich haben die sogenannten „Republikaner des Ostens“ beschlossen, demnächst eine Delegation unter Senator Duff zu Eisenhower zu entsenden, um ihn zu fragen, ob er die Kandidatur annehmen würde, wenn der Kongreß der Republikanischen Partei, der im Juni nächsten Jahres in Chicago zusammentritt, ihn nominieren würde.

Truman hat sich noch nicht entschieden, ob er selbst noch einmal für die Demokraten kandidieren oder die Kandidatur seines alten Freundes, des Obersten Richters Fred Vinson, unterstützen soll. Offenbar wartet er die Entscheidung innerhalb der Republikanischen Partei zwischen Taft und Eisenhower ab. Gegen einen Taft hätte er Aussicht, wiedergewählt zu werden. Eisenhower wäre ein gefährlicherer Gegner, obwohl dieser außenpolitisch auf der gleichen Linie liegt wie der Präsident. Diese Linie, die durch die Unterstützung der europäischen Länder in ihrem Widerstand gegen den Kommunismus gekennzeichnet ist, würde dank dem Prestige und dem politischen Einfluß Eisenhowers gegenüber dem Kongreß fortgesetzt und verstärkt werden.

Gefängnis für Klapproth beantragt

Frankfurt (UP). Im Prozeß gegen den suspendierten Frankfurter Polizeipräsidenten Klapproth beantragte der Staatsanwalt wegen erwiesenen Meineides und versuchter Verleitung zum Meineid unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 1½ Jahren Gefängnis und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Klapproth im Gegensatz zu seiner eidlichen Aussage als Zeuge im Kripobestechungsprozeß laufend durch den ehemaligen Asservatenverwalter Adam Groß Zigaretten erhielt.

Der Verteidiger forderte für seinen Mandanten Freispruch wegen erwiesener Unschuld.

Gefängnis für deutsche Legionäre

Oran (UP). Ein französisches Militärgericht hat drei deutsche Fremdenlegionäre, die Fluchtversuche gemacht hatten, zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt. Im Verlauf der Prozessverhandlung wurde festgestellt, daß die Angeklagten im August 1950 geflüchtet sind und versucht hatten, über Libyen nach Deutschland zurückzukehren. Während ihrer Verfolgung durch französische Feldpolizei sollen die Angeklagten mit ihren Waffen einen Arbeiter getötet und ein Kind verwundet haben.

Friedens-Nobelpreis für Léon Jouhaux

Oslo (UP). Das norwegische Nobelpreis-Komitee gab bekannt, daß Léon Jouhaux, dem Vorsitzenden des Internationalen Verbandes freier Gewerkschaften, der Friedens-Nobelpreis 1951 verliehen worden sei. Das Komitee gab keine Begründung für diesen Beschluß bekannt. 27 Personen aus 12 Staaten, ein Staatenloser und 7 Angehörige internationaler Institutionen waren dem Komitee für die Verleihung des Preises, mit dem ein Geldgeschenk von 167 612,46 schwedischen Kronen verbunden ist, nominiert worden.

Der neue Träger des Friedens-Nobelpreises ist einer der führenden Verfechter der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Er, der auch das Amt des Generalsekretärs des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes (CTG) bekleidete, war Delegierter der Kommission, die die internationale Arbeiter-Charta des Versailler Vertragswerks ausarbeitete. Jouhaux, am 1. Juli 1879 in Paris geboren, ist seit 1901 aktiver Gewerkschaftler. Sein Leitspruch lautet: „Revolutionen müssen durch tägliche kleine Revolutionen vollendet werden.“ Er ist der siebente Franzose, der mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Der ständige Sekretär der Schwedischen Akademie der Wissenschaften, Anders Osterling, erklärte in einer Rundfunkansprache, in diesem Jahr seien 25 Anwärter für den Literatur-Nobelpreis namhaft gemacht worden. Osterling sagte nicht, um welche Schriftsteller und Dichter es sich handelt.

Am Dienstag Thronrede im Unterhaus

London (ZSH). Das Regierungsprogramm des neuen Premierministers Winston Churchill wurde vom britischen Kabinett gebilligt. Es wird am Dienstag in der Thronrede in beiden Häusern des Parlamentes bekanntgegeben. Auf der Nachmittagsitzung des Unterhauses wird Churchill sein Programm erläutern. Wie unternichtete Kreise mitteilen, stehen wirtschaftliche Probleme im Vordergrund der Regierungserklärung. Die Debatte über das Regierungsprogramm Churchills soll bis Ende der Woche abgeschlossen werden.

Winston Churchill gab inzwischen die Besetzung weiterer Regierungsposten bekannt. Die Zahl der Lords unter den Ministern und Staatssekretären der neuen Regierung erhöhte sich auf dreizehn.

Der niederländische Vertriebenenminister Erich Schellhaus teilte mit, daß ihm der Lordbischof von Chichester, Dr. Bell, in einer Unterredung in London zugesichert habe, in Kürze das westdeutsche Flüchtlingsproblem vor dem Oberhaus zu behandeln. Das Vertriebenenministerium habe daraufhin dem Lordbischof die nötigen Unterlagen zugesellt.

Vor iranisch-russischem Grenzabkommen

Raffinerie von Abadan zum Teil wieder in Betrieb

Teheran (UP). Die Sowjetunion will am Dienstag mit Iran ein Abkommen unterzeichnen, durch das der 50jährige Streit über den genauen Verlauf der russisch-iranischen Grenze beendet werden soll. Ein Sprecher des iranischen Generalstabes erklärte, seit Ausbruch des Ökonfliktes zeige sich die Sowjetunion bereit, dieses Abkommen abzuschließen. Mit der Unterzeichnung werde die zweiwöchige Arbeit der gemeinsamen russisch-iranischen Grenzkommission abgeschlossen, die von dem ermordeten iranischen Ministerpräsidenten Ali Razmara geschaffen worden war.

Der frühere Propagandadirektor des ermordeten iranischen Ministerpräsidenten Razmara wurde im Zusammenhang mit einem gegen die Regierung geplanten Umsturzversuch verhaftet.

Die nationale iranische Ölgesellschaft hat einen Teil der Raffinerie von Abadan ohne ausländische Hilfe wieder in Betrieb genommen. Die iranische Regierung gab bekannt, daß die Raffinerie zunächst nur für die Dauer eines Monats arbeiten wird, um die Vorratsbestände für den Eigenbedarf des Landes zu füllen. Für die Ausbeutung der gesamten Kapazität seien mindestens 1000 ausländische Fachkräfte nötig. Die Raffinerie von Abadan kann jährlich 25 Millionen Tonnen Rohöl verarbeiten.

Ministerpräsident Mossadegh, der sich noch in Washington aufhält, wird zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung in Paris erwartet. Der Zeitpunkt der Rückreise Mossadeghs nach Teheran steht noch nicht fest.

Der Entwurf der Investitionshilfe

Festlegung der Bemessungsgrundlagen - Befreiungen von der Abgabepflicht

Bonn (UP). Der Entwurf des Investitionshilfegesetzes, durch das dem Kohlenbergbau, der eisenschaffenden Industrie, der Energie- und Wasserwirtschaft sowie dem Güterwagenaufbau der Bundesbahn bis zum 31. Dezember 1952 eine Milliarde DM zur Verfügung gestellt werden sollen, muß jeder Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuerrechts, der am 1. Januar 1951 bestanden hat oder im Laufe des Kalenderjahres 1951 neu gegründet worden ist oder gegründet wird, fünf Prozent der im Gesetz festgelegten Bemessungsgrundlage aufbringen.

Befreit von der Abgabepflicht sind nach dem Entwurf Bundesbahn, Bundespost und das Unternehmen „Reichsautobahn“. Die Monopolverwaltungen des Bundes, der Bundes-schleppdienst und die staatlichen Lotterienunternehmen, die Bank deutscher Länder, die angeschlossenen Landeszentralbanken, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Genossenschaftskasse und die Vertriebensbank, die Staatsbanken, soweit sie Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllen, Kreditinstitute, die sich am 30. Juni 1951 in Liquidation befinden, Land-, Wald- und Forstgenossenschaften, land- und forstwirtschaftliche Vereinigungen wie Molkereienunternehmen oder Winzervereine.

Als Bemessungsgrundlage für die Abgabe gelten die Einnahmen oder vereinbarten Entgelte für die steuerbaren Lieferungen und Leistungen nach dem Umsatzsteuergesetz im Kalenderjahr 1951. Davon sind unter anderem abzugsfähig die Ausgaben für Löhne, Gehälter und Ruhegelder, die an Dritte gezahlten Frachtkosten, die Ausgaben für den nach den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Buchführung ermittelten Materialaufwand für

Wirtschaftsgüter des vorratsvermögens und der Aufwand für fremdbesogene Energien. Ferner sind abzugsfähig 70 Prozent der vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951 gezahlten Werbekosten, die gezahlten Beträge an Verbrauchsteuern, Zöllen und Umsatzausgleichsteuern, die gezahlten Mieten und Pachten. Die Bemessungsgrundlage soll jedoch im Höchstfalle 30 v. H. der Einnahmen betragen.

Die Aufbringungspflicht entfällt, falls der endgültige Satz 400 DM nicht erreichen würde. Wenn die Einrichtung eine besondere Härte bedeuten würde, weil der Unternehmer Heimatvertriebener oder politisch Verfolgter ist oder der Betrieb Kriegsschäden erlitten hat, kann der Betrag gestundet oder in besonderen Ausnahmefällen auch erlassen werden. Eine Stundung kann auch erfolgen, wenn der Aufbringungsschuldner nicht über die erforderlichen flüssigen Mittel verfügt.

Die Abgabe ist von den Aufbringungsschuldnern an die Industrie-Kreditbank Düsseldorf zu zahlen. Für die Verwaltung und Verteilung der Gelder wird ein Kuratorium zuständig sein.

Gegen Autobahngebühr

Die Verkehrsminister der Länder haben die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Autobahngebühr aus verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gründen einstimmig abgelehnt. Um den Steuerausfall auszugleichen, machten sie den Vorschlag, die Kraftfahrzeugsteuer voll auszuschießen. Sie wollen dem Plenum des Bundesrats eine Änderung der Besteuerung der Schwerlastkraftwagen über 24 Tonnen und eine Besteuerung der Anhänger nach dem Gesamtgewicht und nicht, wie bisher, nach dem Eigengewicht vorschlagen.

„Nahostpakt nach Abzug der Briten“

Erklärung Salah el Dins in Paris - Ägypter kündigen Generalstreik an

Paris (UP). Der ägyptische Außenminister Salah el Din erklärte in Paris, Ägypten lehne jeden Vorschlag für den Beitritt zu einem Nahost-Pakt ab, solange die britische militärische Besetzung in Ägypten andauere.

Die Viermächtevorschlüge würden die Lage für Ägypten nur noch verschlimmern, weil sie die Stationierung der Truppen von vier Mächten zur Folge hätten, und zwar für unbestimmte Zeit und in unbeschränkter Anzahl.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Assam Pascha, betonte zu gleicher Zeit auf einer Pressekonferenz in Kairo, Ägypten sei zur Zusammenarbeit mit dem Westen bereit, wenn seine nationalen Bestrebungen erfüllt würden. „In dem Augenblick, in dem sich die Engländer ändern, sind wir ihre Freunde“, erklärte Assam Pascha. Ägypten werde nicht zu Gewalttätigkeiten schreiten. Es sei am besten, wenn die britischen Truppen und Verwaltungsstellen auch gleich den Sudan räumen würden, damit die dortige Bevölkerung frei über die Zukunft ihres Landes entscheiden könne. Assam betonte: „Wir wollen den Kommunismus nicht. Aber wenn die Sowjetunion im Rahmen der UN freundliche Beziehungen mit dem Nahen Osten suche, sind diese willkommen.“

Die ägyptischen Parteien haben beschlossen, für den 14. November einen Generalstreik im ganzen Lande auszurufen. Wirtschaftsminister, Hami Zaki Pascha, drohte heute die Einstellung aller Baumwolllieferungen nach England an. Der Minister sagte, bisher seien noch keine Schritte eingeleitet worden. Wenn sich jedoch der anglo-ägyptische Konflikt weiter verschärfe, werde die Regierung in Kairo ihre bisherige Wirtschaftspolitik gegenüber England überprüfen.

In der Kanalzone kam es wieder zu mehreren Zwischenfällen. Ein Wagen mit zwei britischen Zivilisten wurde aus dem Hinterhalt beschossen; die Insassen blieben jedoch unverletzt. Sämtliche ägyptischen Arbeiter haben ihre Arbeitsplätze im britischen Militärhafen Adabihi bei Suez verlassen. Britische Behörden führen die Abwanderung auf die Tätigkeit der „Einschüchterungs-Kommandos“ der ägyptischen Polizei zurück, die angeblich das Lager der Arbeiter besucht und ihnen gesagt hatten, nicht zu ihrer Arbeit zurückzukehren.

Wirtschaftsminister Hammed Saki Pascha kündigte in Kairo einen „Baumwollkrieg“ ge-

gen England nur den Fall an, das man die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch verschlechtern sollte.

Der antierische saudi-arabische Außenminister Ibrahim Farag Pascha gab bekannt, Saudi-Arabien habe Ägypten informiert, daß es den vom Westen vorgeschlagenen Verteidigungspakt für den Nahen Osten so lange nicht diskutieren werde, wie die nationalen Forderungen Ägyptens nicht erfüllt seien.

In Damaskus kam es zu anti-britischen und anti-amerikanischen Demonstrationen. Es wurden keine Zwischenfälle berichtet. Die Demonstranten wiesen den Verteidigungspakt für den Nahen Osten als „zionistischen Plan zur Eroberung der arabischen Welt“ zurück und begründeten mit Bannern, auf denen „Lang lebe Ägypten, nieder mit den britischen Imperialisten“ geschrieben stand, die ägyptische Anti-England-Politik.

Guillaumes „feste Hand“ in Marokko

Flugblätter in Casablanca - Burguiba beschuldigt die Franzosen

Casablanca (UP). Der Generalresident des Protektorates Französisch-Marokko, General Guillaume, ist von Paris nach Casablanca zurückgekehrt, das nach den kürzlichen Unruhen noch immer den Eindruck einer belagerten Stadt macht. Berbertruppen und Polizeiverbände haben mit Unterstützung von Panzern das Eingeborenenviertel erneut abgeriegelt. 200 verdächtige „Terroristen“ wurden festgenommen. Die Straßen Casabancas waren am Wochenende mit Flugblättern übersät, die die Aufschriften „Nieder mit Frankreich“ und „Nieder mit Guillaume“ trugen. Nach außen hin herrscht jedoch in der Stadt Ruhe.

Guillaume hat sofort nach seiner Ankunft eine Unterredung mit dem Sultan von Marokko anberaumt. Zugleich kündigte er eine Politik „der festen Hand“ gegen die extremnationalistischen Kreise an.

Der aus Tanger ausgewiesene Vorsitzende der neugegründeten tunesischen Verfassungskommission, Habib Burguiba, machte die französischen Behörden für die kürzlichen Unruhen in Casablanca verantwortlich. Burguiba sagte einem Vertreter der United Press in einem Interview: „Die Franzosen können die Flut des Nationalismus in Marokko nicht eindämmen. Die Zeit des Kolonialismus ist zu Ende.“

VOM TAGE

Neue Handelsbesprechungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien wurden in Bonn aufgenommen.

Gegen eine Musikkapelle des „Stahlhelm“, die in Hameln den in Niedersachsen verbotenen Badenweiler Marsch spielte, wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Eine Ladung moderner Flugzeuge, die für die portugiesische Armee bestimmt sind, brachte der US-Flugzeugträger „Corregidor“ nach Lissabon.

Den Abzug der pakistanischen Truppen aus Kaschmir forderte der Ministerpräsident von Kaschmir, Sheikh Abdullah. Indien sei bereit, seine Truppen aus Kaschmir zurückzurufen.

Eineinhalb Tonne Waffen, die den kommunistischen „Friedenspartisanen“ gehören und mit Hammer und Sichel gekennzeichnet sind, wurden in Italien aufgefunden.

83 Autos und 30 Motorräder stahl ein 15-jähriger Junge, der aus einer Erziehungsanstalt bei Goeteburg ausgebrochen war.

Bei einem Tunnelsturz in Oran (Nordafrika) wurden zwölf eingeborene Arbeiter verletzt.

Der britische Kolonialminister Lyttelton wird sich zu einer Inspektionsreise nach Malaya, Singapur und Hongkong begeben.

Der thailändische König Phumiphon hat nach Vollendung seiner juristischen Studien in der Schweiz die Heimreise angetreten, um die Regierung seines Landes zu übernehmen.

Belgiens Rüstungsausgaben werden 1952 rund 20 Milliarden Francs (1,68 Milliarden DM) betragen. Sie sind damit um 7 Milliarden höher als im laufenden Jahr.

Das britische Thronfolgerpaar traf in dem kanadischen Kurort St. Agathe ein, um dort ein paar Tage Ferien zu verbringen.

Eva Peron, die Gattin des argentinischen Staatspräsidenten, wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Eva Peron, die angeblich an Anämie leidet, soll operiert werden.

Eine Exil-LDP in Westfalen wurde von gelichteten Mitgliedern der Liberal-Demokratischen Partei der Ostzone gegründet. Den Vorsitz übernahm Artur Lieutenants, der bis 1949 brandenburgischer Finanzminister war.

Tschechei befestigt die Westgrenze

Prag (UP). Die Tschechoslowakei werde ihre Grenze mit Bayern „in eine Festung verwandeln, die den Angriffen aller Feinde trotzt“, erklärte der tschechoslowakische Verteidigungsminister Alexei Cepicka nach einem Bericht der Prager Zeitung „Rude Pravo“ vor dem Parlament. Die „einzige Gefahr eines bewaffneten Einfalls“ bestehe an der Grenze der Tschechoslowakei mit Bayern. „Aber die amerikanischen Imperialisten werden diese Grenze niemals überschreiten können.“ Einzelheiten des neuen Gesetzes werden in der Zeitung nicht erwähnt.

Kälteeinbruch fordert 177 Tote

Chicago (UP). Der plötzliche Kälteeinbruch in den mittleren und nördlichen Teilen der USA hat insgesamt 177 Todesfälle verursacht. 138 Menschen kamen auf den vereisten Straßen bei Verkehrsunfällen ums Leben, 16 kamen bei Bränden um, die durch überhitzte Öfen entfacht waren, sieben Personen ertranken, da die Eidecke noch nicht hielt, zwei erfroren und 14 büßten bei Unfällen verschiedener Art ihr Leben ein. Die Ernteschäden sind erheblich, besonders in den südlicheren Teilen des Landes, wo Baumwoll- und Orangenplantagen stark mitgenommen wurden.

Truman konferierte mit Eisenhower

Fünfte Atombomben-Explosion in Las Vegas
Washington (UP). General Eisenhower hatte am Montag im Verteidigungsministerium eine dreiviertelstündige Unterredung mit General Bradley, dem Vorsitzenden des Gremiums der amerikanischen Stabschefs, und mit Verteidigungsminister Robert Lovett. Am Abend hatte Eisenhower eine Konferenz mit Präsident Truman, wobei Lovett und Unterstaatssekretär Webb zugegen waren. Eisenhower wird am Dienstag seine Besprechungen mit dem Verteidigungsminister und den Stabschefs fortsetzen. Die Rückreise nach Paris ist für Mittwoch geplant.

Die Versuche auf dem Übungsgelände „Frenchman's Flat“ in der Wüste von Nevada wurden mit der Explosion einer weiteren Atombombe fortgesetzt. Die Bombe wurde von einer Superfestung vom Typ B-39 abgeworfen. Anscheinend handelte es sich um eine mittelstarke Bombe. Der Abwurf, der fünfte der gegenwärtigen Versuchsreihe, wurde von 24 Generalen und einer Reihe anderer höchster Offiziere beobachtet.

Neue Kompromißvorschläge in Korea

Lebhafte Kampftätigkeit an der Front

Seoul (UP). Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon wurde ein von den Unterhändlern der UN unterbreiteter Kompromißvorschlag, Kaesong zu neutralisieren, von den Kommunisten mit Nachdruck abgelehnt. Nach einem neuen Vorschlag der UN soll sich die Demarkationslinie mit dem Frontverlauf im Augenblick der Unterzeichnung eines endgültigen Waffenstillstandsabkommens decken. Eine Annahme dieses Vorschlags durch die Kommunisten wäre für beide Seiten das Signal, den Kampf um günstige Positionen mit aller Intensität aufzunehmen, während die Delegationen in Pan Mun Jon weiter verhandeln. Technisch könnten die Alliierten Kaesong abgeben, ohne die neutrale Zone um den gegenwärtigen Konferenzraum zu verletzen.

Der Schwerpunkt der Kämpfe liegt nach wie vor im Raum von Yonchon. Kampfflugzeuge, Bomber und Artillerie legten schwere Sperrfeuer auf die kommunistischen Grabstellungen westlich der Stadt, während die Infanterie Frontbegräbnungen vornahm. Auch im Westabschnitt kam es zu heftigen Kämpfen. Rotchinesische Truppen gelang es, die Linien der Alliierten zu durchbrechen.



Wachablösung der Nordkoreaner in der neutralen Zone von Pan Mun Jon

Aus der Stadt Ettlingen

Der sonnigste Oktober seit 150 Jahren

Der vergangene Monat war der sonnigste Oktober seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es wurden 176 Sonnenstunden gezählt, während der Oktober-Durchschnitt seitdem überhaupt zuverlässige Berechnungen dieser Art angestellt werden, bei 84 Sonnenstunden liegt. Der Oktober 1947, der vielen noch als besonders sonniger und warmer Herbstmonat in Erinnerung ist, hatte nur 159 Sonnenstunden aufzuweisen. Mit einer Durchschnittstemperatur von 8,8 Grad war der Oktober dieses Jahr aber verhältnismäßig kalt. Die Oktober-Temperatur der letzten 80 Jahre lag bei 9,4 Grad.

Auch einen Trockenheitsrekord konnte der Oktober aufstellen. Es wurden nur 10,3 Millimeter Niederschlag (10,3 Liter pro qm) gemessen, während der Oktoberdurchschnitt bei 56 liegt. 1943 allerdings gab es im Oktober nur 5,5 mm und 1861 2 mm Niederschlag. Den nassensten Oktober hatte das Jahr 1923 mit 169 mm.

Erhöhte Entlassungsgeider für Heimkehrer

Die vom Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Änderungen zum Heimkehrergesetz sind am 30. Oktober im Bundesgesetzblatt verkündet worden und damit in Kraft getreten. Das Änderungsgesetz sieht eine Erhöhung des Entlassungsgeldes von 150 auf 200 DM vor. Ferner wird die einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Hausrat usw. von bisher 350 auf 500 DM heraufgesetzt. Nach dem Änderungsgesetz gelten auch diejenigen als Heimkehrer, die aus Internierungslagern in der sowjetischen Besatzungszone oder Ostberlin zurückgekehrt sind, wenn sie nach dem 30. November 1949 entlassen wurden und mehr als zwölf Monate interniert waren.

Koch- und Backkurse

von Frau Werner beginnen am 12. November. Der Teilnehmerpreis einschließlich Verköstigung beträgt 33 DM. Anmeldungen in der Privatwohnung v. Frau Werner, Quergasse 17.

Aus dem Bericht der Stadtpolizei

In der Woche vom 28. Okt. zum 3. Nov. gelangten zur Anzeige: 1 Person wegen erschwerter Diebstahls in 2 Fällen, 2 wegen einf. Diebstahls, 1 wegen unerlaubten Bauens, 1 wegen Bettel und Verdracht der Landstreicher, 4 wegen Verstoßes gegen die Arbeitsverordnung in Bäckereien, 3 wegen Fahrens mit einem Lkw ohne Güternahverkehrsbeschriftung, 6 wegen Verletzung der Verordnung zum Schutze der Jugend, 2 wegen Rubestörung, 1 wegen Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet, 3 wegen Nichtbeachtung der Vorfahrt, 3 wegen Überfahrens der Stoppstelle ohne anzuhalten, 3 wegen unerlaubten Parkens, 1 wegen Nichteinhaltens der rechten Straßenseite, 1 wegen Fahrens mit einem Kfz mit nur einem Scheinwerfer, 2 wegen Mitführen einer zweiten Person auf einem Fahrrad, 1 wegen Nichtabsträngens der Pferde bei einem parkenden Fuhrwerk und 2 wegen Nichtbeachtung des Durchfahrtsverbots.

Diebstähle

Ein 21 Jahre alter Mann wurde festgenommen, weil er in der Zeit vom 21. bis 31. Okt. eine Gartenhütte im Rebberegebiet erbrochen und daraus Altmaterial im Wert von 50 DM gestohlen sowie am 31. Okt. aus einer anderen Gartenhütte im Rebberegebiet eine Rebspritze und Altmaterial im Wert von 100 DM entwendet hat.

In der Zeit vom 26. bis 29. Okt. wurde in einer Baustelle einem Arbeitnehmer von einem Arbeitskameraden ein Paar Schuhe im Wert von 39 DM entwendet. Ein anderer Arbeitnehmer hat bei seiner Arbeitsstelle in Karlsruhe-Durlach drei Laufsohlen entwendet und hierfür bei einem Arbeitskameraden drei Schäfte eingetauscht. In einer Baustelle dahier wurde einem Arbeitnehmer eine Aktentasche mit Lebensmitteln im Wert von 20 DM gestohlen.

Im Laufe des Sommers 1951 wurde einer hiesigen Firma ein Reklameschild im Werte von 200 DM von bis jetzt noch unbekanntem Täter entwendet.

Am 5. Okt. wurde in der Leopoldstraße ein unabgeschlossenes Damenfahrrad im Werte von 50 DM gestohlen. Ein weiteres Damenfahrrad im Wert von etwa 100 DM wurde am 11. Okt. in der Badenerortstraße entwendet.

Am 5. Okt. wurde in der Leopoldstraße ein Damenfahrrad im Wert von 30 DM aufgefunden. Da an dieser Stelle ein Damenfahrrad gestohlen wurde, besteht noch die Möglichkeit, daß eine Verwechslung der beiden Räder vorliegt.

Wach- und Schließdienst ist bereit, Dich zu bewachen jederzeit

Aus dem Bericht der Landespolizei

für die Zeit vom 26. Okt. bis 1. Nov. Ein vermutlich unter Alkoholeinfluß stehender Kraftfahrer fuhr mit seinem Pkw in Schlangenlinie auf der Linkenheimer Landstraße. Hierdurch drängte er einen entgegenkommenden Pkw von der Straße ab, dieser stieß dadurch gegen einen Baum, wobei Personen verletzt wurden und Sachschaden entstand.

Ein in Spessart untergestellter Pkw wurde von Unbekanntem unbefugt in Gebrauch genommen und darnach bei Ettlingen total zertrümmert wieder aufgefunden.

Die Landespolizei nahm bei Bruchhausen zwei Brüder - Jugendliche aus der Ostzone - fest, die sowohl in Offenburg als auch in der Gegend von Appenweier Diebstähle begingen.

Infolge Nichtausschaltens eines Bügeleisens entstand in Bretten ein Zimmerbrand, der alsbald gelöscht werden konnte. Der Schaden ist gering.

Wegen Verstoßes gegen die Viehseuchenvorschriften, das Lebensmittelgesetz und die Gesundheitsverordnung werden sich verschiedene Personen zu verantworten haben.

Diener Gottes sein

Abschiedsfeier für Kirchenrat Huß in der evangelischen Kirche - In Ettlingen herrscht konfessioneller Frieden

Ihrem scheidenden Seelsorger, Kirchenrat Huß, bereite seine Gemeinde in der vollbesetzten evangelischen Kirche eine erhabende Abschiedsfeier mit einem würdigen, reichhaltigen Programm, das Organist Konrektor Zumstein mit einem festlichen Präludium einleitete. Der Kirchenchor bot einige sinnvoll gewählte, gut studierte a-capella-Chöre, Charlotte Traxel spielte das Präludium mit Fuge a-moll von J. S. Bach, Chorleiter Rüber sang mit seinem wohlklingenden Bariton mit Geige- und Orgelbegleitung (Alice Allers und Charlotte Traxel) eine Arie aus dem Oratorium „Elias“ von Mendelssohn und der Rippurrer Possanenchor ließ zwei feierliche Bläserchöre hören. Die Gemeindejugend sprach den 100. Psalm und auch die Gemeinde beteiligte sich am Gesang.

Das Kernstück der Feier waren die Ansprachen. Kirchenältester Bieyer verlas zunächst ein Schreiben des Oberkirchenrates, der dienstlich am Erscheinen verhindert war und seine Grüße und Wünsche sandte. Sodann begrüßte er die Vertreter der Schwesterkirchen, der Stadt, der Schulen und die Gäste. Die Ansprache des erkrankten Kirchenältesten A. Walch wurde verlesen. Über 100 Jahre bestude die evangelische Gemeinde Ettlingen und über 25 Jahre wirkte hier Kirchenrat Huß in der Zeit des Aufbaus der Gemeinde, die heute bis zu 4000 Mitgliedern angewachsen sei. Auch zu Nutz und Frommen der Stadt habe er gewirkt. Die Gemeinde danke ihm für seine segensreiche Arbeit. In seine Amtszeit falle der Erwerb verschiedener Häuser, der Neubau der Kinderschulen, die Renovierung und der Ausbau der Kirche und die Neubeschaffung der Glocken. Mit Gottes Hilfe habe er das reine Evangelium mannhaft verkündet. Die ehrenvolle Aufgabe des Kirchenältesten sei es, den Dank der Gemeinde abzustatten, dem er den Dank an Frau Huß hinzufügen wolle für ihre Arbeit in Schule, Gemeinde und in der Stille. Mit dem Wunsch, daß alle Arbeit zum Segen ausschlagen und dem Seelsorger ein ruhiger Lebensabend beschieden sein möge sowie mit der Versicherung, daß die Gemeinde sich stets in Dankbarkeit seines Wirkens erinnern werde, schloß der Kirchenälteste seine Ansprache.

Sodann ergriff Stadtpfarrer Weick von St. Martin das Wort. Gerne entspreche er der Bitte, einige Worte in dieser Abschiedsfeier zu sprechen und Kirchenrat Huß von allen katholischen Brüdern und Schwestern der Stadt Ettlingen zu grüßen. Der Gehalt des Abends sei Ehre und Dank, Wehmut und Stolz, Gelöbnis und Gebet. Die Ehrung komme aus aufrichtigem Herzen, denn Stadtpfarrer Huß habe dem katholischen Stadtvater gegenüber stets feines Taktgefühl und Ritterlichkeit bewiesen und diese Haltung sei auch übergegangen auf die Gemeinde. Seit 17 Jahren konnte Stadtpfarrer Weick diese christliche Weite des Denkens und Handelns von Kirchenrat Huß beobachten. In unserer Stadt herrsche der konfessionelle Friede und dies sei das Verdienst der Seelsorger, die die Gemeinden führen. An die Wehmut über den Abschied schließt sich das Gelöbnis, zum Lehrenden und leidenden Christus zu halten und in Treu zu kämpfen für Christus. Der Segen des Gebetes möge den verehrten Seelsorger

begleiten und möge die Gemeinschaft und die Stadt stark machen, damit sie die Wiedergeburt einer christlichen Zeit und Welt erleben dürfe.

Sichtlich bewegt trat sodann Kirchenrat Huß an das Pult. „Was soll ich sagen in dieser letzten Stunde in meiner letzten Kirche?“ An diesem Wendepunkt seines Lebens und in seiner Kirche wolle er den Lobpreis Gottes und seines Christus darbringen für alle gnädigen Führungen im beruflichen wie im persönlichen Leben. Er habe nie bereut, Pfarrer und Theologe geworden zu sein. Er stamme aus einem frommen Lehrerelehrenhaus und sein Vater, der 35 Jahre lang in Gottesfurcht und Christualiebe Waisenhausvater war, habe es gern gesehen, als der Sohn im August 1899, einer plötzlichen Eingebung folgend, sich entschloß, Theologe zu werden. Nach dem Studium in Erlangen und Heidelberg, nach Vikarstellen in Ichenheim bei Laub und Schönau bei Heidelberg wurde er 1907 Pfarrverwalter in Adelsheim, dann Pfarrer dort. Nach seiner Verheiratung und der Geburt von zwei Söhnen kam er nach Mannheim-Neckarau an die Lutherkirche. Überall sei es ein fröhliches Schaffen gewesen. 1926 habe er Einzug in diese Kirche in Ettlingen gehalten und gute und böse Tage hier erlebt. Hier berge ein Grabbühl sein Liebestes und hier habe er den bösen Krieg und den Zusammenbruch erlebt. Nun stünde er an der großen Wende, am großen Einschnitt. Pfarrer sein heiße Diener Gottes und des Herrn Christus Diener sein, Diener der Gemeinde und Verkünder des Wortes in Osterfreudigkeit. Beide Söhne seien aus eigenem Entschluß und mit Freudigkeit auch Theologen geworden. Der Grundakord seiner Seele sei der: „Ich will dem Herrn lobensin, solange ich bin.“ Über 25 Jahre sei er nun mit der hiesigen Gemeinde verbunden, habe sich für sie verantwortlich gefühlt und wolle nun seinen Dank abstaten an die Kirchenältesten für ihr großes Verständnis und das treue Zusammenstehen in Einigkeit des Geistes, an die Vikare und an die Diakonissen, an die Organisten und Chorleiter für ihr vorbildliches Mitwirken, an die Religionslehrer und Schulleitenden für ihr Verständnis, an die Helfer im Kindergottesdienst, an den Kirchsdiener und die Kirchsdienerin, an die Sammlerinnen und Helferinnen in den acht Außenorten, an alle Mitarbeiter im Öffentlichen und im Verborsenen, an die katholische Kirche für die gute Zusammenarbeit in der Gemeinschaft des Geistes, an die Stadtverwaltung, wo er in verschiedenen Ausschüssen zum Wohl der Stadt mitgearbeitet habe und an seine Frau, die ihm eine treue Helferin sei, seit sie hier ist. „Ich werde nicht aufhören, für die Stadt zu beten“, schloß der Seelsorger, „auch für die Amtsnachfolger. Und zum Schluß danke ich für diese Feierstunde, die nachklingen wird zum Lobpreis unseres Gottes!“

Nach dem Gemeindegesang „Eine feste Burg ist unser Gott“ wurde das Gebet des Herrn gemeinsam gesprochen und der Segen erteilt. Ein feierliches Postludium beschloß die harmonische und eindrucksvolle Feier. Die segensreiche Verbundenheit der Kirchen mit dem gesamten Gemeindeleben kam bei der Ehrung für Kirchenrat Huß erneut zum Ausdruck.

Filmdienst für Jugend- und Volksbildung

Eine bewährte Einrichtung wird weiter ausgebaut und dem Volksbildungswerk angegliedert

Seit Jahren betreut nunmehr der Filmdienst des US-Resident Office Karlsruhe Organisationen und Schulen in bester Weise. Erd- und völkerkundliche Themen aus Nord- und Südamerika, aus den Bereichen des Pazifiks und Europas konnten ebenso gezeigt werden wie Städtebilder, Schilderungen aus Technik und Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Handwerk und Kunsthandwerk, Politik und Sozialwesen sowie Themen um die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte. Musik, Jugendpflege, Volksbildung und andere Abhandlungen bewiesen die breite Basis, auf der diese Einrichtung stofflich sich aufbaute. Es ging nun darum, die Filme noch mehr in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu war eine Organisation notwendig. Man erwog die verschiedensten Möglichkeiten und kam zu dem Entschluß, den Filmdienst nicht an eine Bildstelle des Landkreises oder der Stadt Karlsruhe anzuschließen. Oberreg. Rat Schäfer sagte in der Gründungsversammlung sehr treffend, daß eine behördliche Betreuung den Filmdienst zu bürokratisch, zu unbeweglich mache. Vereine wären finanziell ebenfalls unsichere Träger der Arbeit und so schloß man diesen Filmdienst dem Volksbildungswerk an. Stadt- und Landkreis werden sich finanziell beteiligen, und die HICOG übernimmt auch weiterhin die Reparaturen kostenlos, stellt die Filme und den Vorführer und wird auch die Schulen ohne Gebühren mit wertvollen Filmen bedenken. Reg. Inspektor Gegenheimer der Geschäftsführer des Volksbildungswerkes, erklärte die Bereitwilligkeit des Kuratoriums, für das er sprach, im Sinne der strengen Neutralität dieser Einrichtung Stadt und Land, Vereine und Körperschaften weiterhin so zu bedenken, wie es bisher geschah. Nach seiner Auffassung besteht kein finanzielles Risiko. Die Apparate könne man mit der Zeit als Eigentum übernehmen, denn es würden ja geringe Beiträge (eine kleine Pauschale und ein ebenso geringer Beitrag nach Zuschauern gestaffelt) erhoben.

Der Resident Officer, Mr. Gardner, glaubte, daß man es mit der Zeit auch zu einem eigenen Wagen bringen könne, der vorläufig von seiner Dienststelle aus gestellt werde. Der Kreisgeschäftsführer des DRK, Filmm, bezeichnete die vorgeschlagene Lösung für Vereine und Organisationen als ideal. Dr. Loew vom Jugendring Karlsruhe hoffte, daß sich

der Filmdienst bald auf eigene Füße stellen könne. Die Auswahl der Filme werde sicher geschmackbildend wirken. Das sei im Sinn der Jugendarbeit zu erhoffen, biete man doch dem jungen Filmpublikum oft nur noch Revolverstücke und sonstige „Kassenreißer“ an. Er vertrat die Ansicht, daß die Industrie, wenn sie den Filmdienst benutze, auch entsprechende Beiträge zahlen solle. Die Frage, ob man sich für den Anschluß an das Volksbildungswerk entschließen wolle, bejahten die Versammelten einstimmig. Die Praxis für die Vereine, die von dem Filmdienst nun betreut werden, sieht vor Vorführung eine kleine Pauschale und einen nach der Zuschauerzahl gestaffelten Betrag vor. Die Wahl der Filme für die Schule obliegt wie bisher den Schulleitern. Als Vertreter der Eltern-Lehrer-Arbeitsgemeinschaft bezeichnete Herr Heidkamp diese Regelung als die einzig mögliche.



Ein Abend des Frohsinns und der Heiterkeit mit Oskar Heller

Wer kennt ihn nicht, den Häberle? - Ja, ja! Aber dieses Mal kommt er nicht als der spießbürgerliche Partner von Willi Reichert alias Pfeilerer zu uns, sondern Solo. Ganz allein steht er am Pult und bringt uns einen bunten Strauß köstlichen Humors von oft tiefer Lebensweisheit, vergoldet, denn der in einer Volkshochschule dozierende Professor Dr. humoris causa verpflichtet! Unbestritten gehört Oskar Heller zu den besten Humoristen Deutschlands. Wir werden ihn am Mittwochabend in der Aula von einer besonders liebenswerten Seite kennen und schätzen lernen. Deshalb sollte in unserer freudarmen Zeit niemand dieses Schmunzelkolleg versäumen.

Die einheimische Pianistin Charlotte Traxel spielt in den Pausen melodische Stücke von Mozart, Schubert und Grieg. Das Zigarrenhaus Störner hat mit dem Vorverkauf der Eintrittskarten zu vollständigsten Preisen begonnen. Nach Schluß der Veranstaltung ist Altbahnverbindung nach allen Richtungen.

Landesbischof spricht im Rundfunk

Der Landesbischof von Baden, D. Julius Bender, Karlsruhe, predigt am Buß- und Bettag, dem 21. November, in Freiburg. Der Gottesdienst wird vom Südwestfunk von 9 bis 10 Uhr übertragen. Von 17 bis 18 Uhr sendet das Studio Freiburg des Südwestfunks am 21. November das „Psalmengebet“ von Horst Schneider, das am 12. September 1951 bei seiner Uraufführung in Freiburg mit großem Beifall aufgenommen worden ist.

Dichtergräber in Freiburg

Der auf den Freiburger Friedhöfen ruhenden Dichter gedankt das Südwestfunkstudio Freiburg in einer Sendung am 21. November um 18.30 Uhr. Auf Freiburger Friedhöfen ruhen unter anderen der unbekannt „Studiopus poetae“, Johann Georg Jacobi, Emil Gött, Rudolf Binding.

Bewährte Kraftfahrer werden ausgezeichnet

Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Gründung der Bundesverkehrswacht sollen am 13. Dezember d. J. Auszeichnungen an 5000 bewährte Kraftfahrer verliehen werden. Als Auszeichnung ist eine Anstecknadel in vier Ausführungen vorgesehen. Danach werden Kraftfahrer, die zehn Jahre ohne einen Unfall ihr Fahrzeug gefahren haben, eine Nadel in Bronze, für 20 unfallfreie Jahre eine Nadel in Silber, für 30 unfallfreie Jahre eine Nadel in Gold und für 40 unfallfreie Jahre eine Nadel in Gold mit Eichenkranz erhalten. Zusammen mit der Anstecknadel wird eine vom Bundesverkehrsminister unterschriebene Urkunde überreicht. Bei den zuständigen Stellen liegen bereits jetzt mehr als zehntausend Anträge vor. Anstecknadel und Urkunde müssen nach den Bestimmungen der Bundesverkehrswacht wieder zurückgegeben werden, sobald der hiermit ausgezeichnete Kraftfahrer einen Verkehrsunfall verschuldet hat.

Mehr Kohle für Elektrizitätswerke

Im vierten Quartal 1951 soll die Kohlenzufuhr zu die Elektrizitätswerke um 30 000 Tonnen erhöht werden, wie das Bundeswirtschaftsministerium bekanntgab. Hierbei handle es sich jedoch lediglich um eine Vorratfälligkeit. Mit Hilfe der erhöhten Kohlenmenge würden die Kraftwerke in der Lage sein rund 80 000 000 Kilowattstunden mehr zu erzeugen.

Standesregister Ettlingen

Geburten vom 16. bis 31. Oktober:

- 14. 10. Dietmar Ferdinand Attila, Vater: Artur Emil Mohr, Landwirt, Ittersbach, Elsgasse 4.
16. 10. Peter Otto, Vater: Konrad Gartner, Kaufm., Busenbach, Kinderschulstr. 199
19. 10. Alfred Rudolf, Vater: Emil Bernhard Lauinger, Automechanik, Schöllbronn, Neuroder Straße 5.
20. 10. August Edmund Walter, Vater: Herm. Streng, Badenortstr. 9.
22. 10. Hannelore, Vater: Otto Vielsäcker, Schlosser, Pforzheimer Str. 83/15.
24. 10. Brigitte Annelie, Vater: Werner Josef Vogel, Schleifer, Kirchenplatz 20.
25. 10. Utz Kurt, Vater: Erich Herbert Hügle, Handelsvertr., Rippurr, Tulpenstr. 49.
25. 10. Peter Eugen, Vater: Edmund Eckert, Kaufm., Karlsruhe, Stefanenstr. 42.
28. 10. Ursula Melanie, Vater: Rupert Häusler, Masch.-Bauer, Rheinstr. 68b.
30. 10. Anni Margarete, Vater: Wilhelm Hch. Fr. Schnittker, Hilfsarb., Sterneng. 1.

Sterbefälle vom 16. bis 31. Oktober:

- 17. 10. Mathilde Groß, geb. von Schmidfeld, Gutleuthausstr. 10.
17. 10. Anton Windpassinger, Scheffelstr. 51.

Berrens-Nachrichten

Die Schulkameraden und -kameradinnen des Jahrgangs 1892/93

treffen sich am Samstag, 10. Nov., 20 Uhr, zu einem geselligen Beisammensein im Gasthaus zum „Engel“. Für gute Unterhaltung ist gesorgt.

Die Schulkameraden 1901/02

die an der 50er-Feier am 17. November, 19 Uhr im „Reichsadler“ teilnehmen möchten, wollen sich umgehend bei Joseph Bell, Schöllbronn Str. 5, anmelden.

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 8. Nov., um 19.30 Uhr im „Weißen Röhl“ in Karlsruhe. Farblichtbildervortrag des Kollegen Walter Häfner über Amerika.

Versammlung des Vereins für Hundesport

Am Mittwoch, 7. Nov., 20 Uhr, hält der Verein für Hundesport seine Monatsversammlung im Gasthaus z. „Grünen Hof“ in Ettlingen ab.

Ortsgruppe Ettlingen

Erholungs- und Fürsorgewerk im VdK Baden e. V.

In der Mitgliederversammlung des VdK der Ortsgruppe Ettlingen am Mittwoch ist auch über das Hofgut „Annaberg“ in Baden-Baden ausführlich berichtet worden. Als vor 14 Tagen eine Besichtigung dieses Heimes durch verschiedene alte Funktionäre und des Kreisvorstandes des Landkreises Karlsruhe erfolgte, waren alle angenehm überrascht über alles, was sie dort vorfanden: schöne Lage, großer Besitz, sonnige, freundliche Zimmer, fließendes Wasser, Bad, gute Verpflegung, eine Liegehalle, kurzum so viel, daß zwei Wochen dort der wirklichen Erholung dienen. Wie gesagt, immer 14 Tage sind Kriessbeschädigte dort, dann wieder Kriegerhinterbliebene untergebracht. Der Mitgliedsbeitrag ist zu dem des VdK jährlich nur 2 DM; dafür freie Unterkunft und Verpflegung. Wir haben einen Freiplatz für eine Hinterbliebene für die Zeit vom 3. bis 13. 12. 51 von der Kreisgeschäftsstelle vergeben können. Wer einmal dort war, kann den besten Bericht geben. Anmeldungen zu Mitgliedschaft können von unseren Mitgliedern beim Vorsitzenden oder in der Sprechstunde oder beim Unterkassier Alfred Weber gemacht werden. H.S.

Umschau in Karlsruhe

Die Gewerkschaften für den Zusammenschluß
 Karlsruhe (fwb). Der Südweststaatsausschuß des Stadt- und Landkreises Karlsruhe eröffnete am Wochenende mit einer Kundgebung in Karlsruhe den Wahlkampf für die Volksabstimmung am 9. Dezember. Gewerkschaftssekretär Hill betonte, die Gewerkschaften hätten sich zwar zum Ziel gesetzt, politisch und konfessionell neutral zu bleiben, aber die Südweststaatsfrage sei keine Angelegenheit einer bestimmten Parteigruppe sondern eine wirtschaftlich bedeutende Frage. Bei wirtschaftlichen Angelegenheiten jedoch hätten die Gewerkschaften ein wesentliches Wort mitzusprechen, da die Gewerkschaften überzeugt seien, daß der Zusammenschluß der Bevölkerung in den drei Ländern wirtschaftliche Vorteile bringen würde, hätten sie sich für den Südweststaat entschieden.

Mordprozeß Stanek eröffnet
Die Geliebte mit 20 Messerstichen getötet
 Karlsruhe (fwb). Vor dem Karlsruher Schwurgericht begann der Mordprozeß gegen den 41jährigen Albert Stanek aus Oberschlesien. Der Angeklagte, der seit dem Jahre 1948 in Karlsruhe wohnt, hatte mit verschiedenen Frauen zusammengelebt, bis er im März 1948 das spätere Opfer seiner Bluttat die 35jährige Gretel Essig kennenlernte. In der Nacht zum 17. September 1948 brachte Stanek seine Geliebte, die sich inzwischen von ihm losgesagt hatte, mit 20 wahllos geführten Messerstichen um.
 Stanek, der sich bei früheren Vernehmungen für schuldig bekannt hat, erklärte jetzt daß er nicht, wie ihm die Anklageschrift vorwirft, vorsätzlich, sondern im Affekt gehandelt habe. Die Zeugen, unter denen sich ehemalige Geliebten des Angeklagten befanden, schilderten Stanek als einen moralisch verkommenen Menschen.

Karlsruhe. In Karlsruhe ist ein Berufsverband der nordbadischen Sozialarbeiter gegründet worden. Zum vorläufigen Vorsitzenden wurde E. Meier, Karlsruhe, gewählt. (fwb)

Aus der badischen Heimat

Schwetzingen. Hier wurden, vermutlich von einer Bande, insgesamt neun Einbrüche und Einbruchversuche verübt. (fwb)

Mosbach. Im Bereich des Landwirtschaftsamtes Mosbach gibt es Kartoffelfelder, in denen bis zu 70 Prozent des Bestandes durch Engerlinge aufgefressen worden sind. (fwb)

Seebahn befürwortet Verkehrsrat
Verkehrspolitische Woche in Mosbach
 Mosbach (fwb). Bundesverkehrsminister Dr. Seebahn befürwortete auf der verkehrspolitischen Woche in Mosbach die Schaffung eines Verkehrsrates. Der Minister erklärte, unter Umständen könne schon vor einer gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung im Verkehrswesen ein vorläufiger Verkehrsrat gebildet werden. Die Organe des Verkehrsrates sollten sich jedoch nicht nach den traditionellen Landesgrenzen, sondern nach verkehrsmäßig zusammengehörigen Gebieten richten. Es sei nicht unbedingt nötig, daß der Verkehrsrat dem Bundeswirtschaftsrat eingegliedert werde. Die Zusammensetzung des Verkehrsrates stelle er sich so vor, daß er zu zwei Dritteln aus Mitgliedern des Verkehrswezens und zu einem Drittel aus Verkehrsteilnehmern bestehen werde. Die Vertreter des Verkehrs sollten sich paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen. Die Hauptsache sei, daß in dem Verkehrsrat „Köpfe und Herzen“ seien und keine „Napffücher“. Dr. Seebahn betonte, daß seine Vorschläge über die Schaffung des Verkehrsrates nicht präjudizierend aufgestellt werden sollten.

Bruchsal. Kultminister Dr. Schenkel versicherte in Bruchsal, daß die fortschrittlichen Schulreformen Badens in einem künftigen Südweststaat beibehalten werden. (fwb)

Bruchsal. Auf der Autobahn bei Bruchsal fiel ein Motorradfahrer einem Unfall zum Opfer. Der Verunglückte stürzte aus bisher noch ungeklärten Gründen so schwer, daß er wenige Minuten nach dem Unfall starb. (fwb)

Sechs Verletzte auf der Autobahn
 Bruchsal (fwb). Auf der Autobahn zwischen Karlsruhe und Bruchsal stießen drei Personewagen zusammen. Dabei wurden zwei Personen schwer und vier leichter verletzt. Der Unfall entstand durch unvorschriftsmäßiges Überholen eines der Fahrzeuge.

Treffen der „Weintrauben-Division“
 Weinheim/Bergstraße (fwb). 250 ehemalige Angehörige der als „Weintrauben-Division“ bekanntgewordenen 263. Infanterie-Division veranstalteten in Waldmichelbach im Odenwald ein Kameradschaftstreffen. Die Einladung war von dem jetzigen Bürgermeister des Dorfes, dem ehemaligen Oberleutnant Bachmann und dem früheren Divisionsgeistlichen und jetzigen Dorfpfarrer von Michelbach, Ernst Dörsam, ausgegangen.

Bühl. Auf einer Vorstandssitzung des Badischen Sängerbundes in Bühl wurde beschlossen, den Badischen Sängertag 1952 am 1. und 2. März in Offenburg abzuhalten. (fwb)

Wertheim. Eine Henne legte in den Taubenschlag eines Landwirtes in Rudolfsheim ein Ei, das dann von einer Taube ausgebrütet wurde. Da das Küken nicht genügend Wärme hatte, kam es sehr schwach, wenn auch lebensfähig ans Licht des Tages. (SWK)

Offenburg. Ein Betrunkener, der in Offenburg von einem Polizeibeamten angehalten wurde, fiel den Beamten an und biß ihm einen Daumen ab. (fwb)

Volksabstimmung am 18. November
Verlängerung des badischen Landtags
 Freiburg (fwb/fwb). Die badische Regierung hat beschlossen, den Termin der Volksabstimmung über die Verlängerung der Legislaturperiode des bisherigen Landtags auf den 18. November zu legen.

Die Abstimmung ist notwendig geworden, weil das vom Bundestag verabschiedete sogenannte „Blitzgesetz“ über die Verlängerung der Legislaturperiode der Landtage in Baden und Württemberg-Hohenzollern vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wurde.

So werden in Baden innerhalb von drei Wochen zwei Volksabstimmungen stattfinden, da der Termin für die Abstimmung über die Neuregelung auf den 9. Dezember anberaumt worden ist. Die Legislaturperiode des bisherigen badischen Landtags gilt als verlängert, wenn sich die einfache Mehrheit der Abstimmenden dafür ausspricht.

Freiburg. Die Freiburger Verkehrspolizei weist auf die erfreulichen Erfolge hin, die in der badischen Landeshauptstadt durch die Verkehrserziehung in den Schulen erzielt wurden. (fwb)

Säckingen. Im Gegensatz zum Vormonat hat im Oktober die Zahl der in der Schweiz arbeitenden deutschen Grenzgänger aus dem Kreis Säckingen wieder zugenommen. (fwb)



Mit dem Baby über Stock und Stein
 Ein wanderlustiger junger Ehemann aus Osterreich konstruierte einen einfachen, zweirädrigen Kinderwagen, den man auf der Straße an einem deichselartigen Handgriff bequem vor sich herschieben kann, der sich aber für unebeneres Gelände oder Treppen bequem zu einem Tragstuhl mit zwei seitlichen Griffen zusammenklappen läßt.

Ferngespräche ohne Fräulein vom Amt

Anfang der großen Umstellung im Fernsprechwesen

„Hallo, Fräulein, bitte das Fernamt!“ ruft seit dem 1. November Herr Pfeifle in Mannheim nicht mehr, wenn er mit seinem Heidelberger Geschäftsfreund telefonieren will. Er braucht dann nur noch den Finger in die Nummernscheibe seines Fernsprechapparates zu stecken und zunächst eine Kennnummer zu wählen. Dadurch wird dem elektrischen Gehirn des Mannheimer Selbstwählfarnamtes der Auftrag gegeben, schnellstens eine Verbindung mit der Nachbarstadt am Neckar herzustellen. In einem Gewirr von Schaltungen und Drähten wird ein kleiner Metallarm an einer Achse in die Höhe gelenkt und einen unbesetzten Kontakt sucht. „Bitte sehr, Heidelberg ist schon da!“ teilt dann ein Summtönen Herrn Pfeifle mit, der nun nur noch die Ortsnummer seines Bekannten zu wählen braucht. „Ja, hier Sängler. Was gibt's denn Neues, Herr Pfeifle?“ Ein paar Jahre weiter und Herr Pfeifle wird auch die Fernsprechteilnehmer in Ludwigshafen, Freiburg, Stuttgart, Karlsruhe oder Ulm fernwählen können. Nach zehn, höchstens fünfzehn Jahren wird es in Westdeutschland überhaupt kein Fräulein vom Fernamt mehr geben. Selbst das kleinste Netz im Schwarzwald wird man vom Schreibtisch aus fernwählen können. Allerdings wird man einige Nummern mehr drehen müssen, als es jetzt notwendig ist, um eine Verbindung zwischen Mannheim und Heidelberg zu bekommen.

Selbstwähl-Fernnetz zu verbinden. Im vergangenen Jahr wurde der Fernspreverkehr im Raum der — wie konnte es anders sein — Bundeshauptstadt Bonn automatisiert. Der nächste Schritt ist das soeben fertiggestellte Selbstwählfarnamt Mannheim-Heidelberg. Der große Plan der Bundespost sieht so aus: Das ganze Bundesgebiet wird fernsprechtechnisch in sieben Zonen aufgeteilt. Jede Zone hat ein Zentralamt, nämlich Stuttgart, München, Nürnberg, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover und Hamburg. An jedes Zentralamt sind mehrere Hauptämter angeschlossen. Diese Hauptämter haben ihrerseits wieder Knotenämter, die das Ferngespräch zu den einzelnen Endämtern leiten. Von hier wird — ebenfalls automatisch — der Teilnehmer gerufen.

Nur eine Milliarde fehlt
 Bis zu einer Milliarde DM wird die Errichtung eines sich über das ganze Bundesgebiet erstreckenden Selbstwählfarnamtes kosten. Dabei werden die Ausgaben für die vielen automatisierten Ämter nicht die höchsten sein. Am teuersten kommen die Apparate, mit denen die Gebühren für die Ferngespräche berechnet werden. Technisch ist sowohl die Wahlanlage als auch die Gebührenrechnerapparatur trotz der Kompliziertheit kein Problem. Die Pläne der Ingenieure liegen fertig in der Schublade der Bundespost. Sie brauchen bloß herausgezogen zu werden — wenn das Geld da ist. Da aber in der heutigen Zeit selbst ein Großunternehmer wie die Post keine runde Milliarde auf den Tisch legen kann, wird die Umstellung des Fernsprechwesens auf Selbstwählbetrieb hübsch langsam in Etappen erfolgen müssen.

Lang, lang ist's her
 1881 wurde in Berlin das erste deutsche Fernsprechamt errichtet. Viel hat sich seit dieser Zeit an dem technischen Vorgang, eine Fernverbindung herzustellen, nicht geändert. Ein halbes Dutzend Telefonistinnen müssen jeweils stöpseln, rufen und trennen. Manchmal geht es schnell, ein anderes Mal dauert es mehr als eine halbe Stunde, ehe sich der noch nicht einmal hundert Kilometer entfernte Teilnehmer meldet.
 Vor fast 30 Jahren machte die Post den ersten Versuch, in Bayern einige Orte durch

Im Bundesrat gegen Autobahnsteuer

Beschlüsse des württ.-bad. Kabinetts
 Stuttgart (fwb). Die Vertreter Württemberg-Badens im Bundesrat werden auf der nächsten Bundesratsitzung am Freitag die Autobahnsteuer ablehnen. Auch die für den Fall einer Ablehnung dieser Steuer geplante Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer wird von Württemberg-Baden abgelehnt. Entsprechende Beschlüsse wurden auf einer Sitzung des württemberg-badischen Kabinetts gefaßt.

Notverordnung gebilligt

Rebenhausen (fwb/fwb). Der Landtag von Württemberg-Hohenzollern billigte die von Staatspräsident Dr. Müller auf Grund des in der Landesverfassung vorgesehenen Notverordnungsrechtes erlassene Verordnung über die Verlängerung der Legislaturperiode des Landtags. Die Bevölkerung des Landes wird somit am 9. Dezember gleichzeitig mit der Abstimmung über die Neuordnung der Ländergrenzen in Südwestdeutschland darüber entscheiden, ob die Legislaturperiode des -alten Landtags von Württemberg-Hohenzollern verlängert werden soll, bis das Land mit den Ländern Württemberg-Baden vereinigt oder das alte Land Württemberg wiederhergestellt wird.

Staatspräsident Dr. Müller hatte die Verordnung erlassen und gleichzeitig dem Volk zur Entscheidung vorgelegt, nachdem das Bundesverfassungsgericht das als „Blitzgesetz“ bekannte erste Neuordnungsgesetz über die Verlängerung der Wahlperioden für nichtig erklärt hatte. Damit war die Amtsdauer des ersten Landtags mit dem 18. Mai 1951 abgelaufen. Gegen die Verordnung, die nach der Landesverfassung unmittelbar nach Erlass dem Landtag zur Billigung oder Ablehnung vorgelegt werden mußte, stimmte lediglich der einzige anwesende KPD-Abgeordnete.

In der Begründung seiner Verordnung hob Dr. Müller hervor, daß die Richter des Bundesverfassungsgerichts offensichtlich von dem wissenschaftlichen Willen bewegt waren, das Grundgesetz gegenüber jedermann mit richterlicher Unerbittlichkeit durchzusetzen. Wer an ihrem Urteil Kritik übe, müsse es zuerst revidieren.

ALLE WEGE führen zu Dir
 LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER
 Copyright by Hamann-Meyer-Preis (11. Fortsetzung)

Er trat rasch und völlig lautlos in die Kabine ein. Seine Füße steckten in Schuhen, die mit Lappen umbanden waren, er bewegte sich geschmeidig wie ein Tier.

„Was wollen Sie?“ Jennifers Stimme klang eisig. Mit einem Sprung stand sie am Bett des Kindes. Sie hatte nur den einen Gedanken: Yen Sei dürfte nichts geschehen! Sie nahm den Jungen auf den Arm.

„Was wollen Sie?“ fragte sie noch einmal. Ein Grinsen zog über das Gesicht des Chinesen. Er hob den Revolver:

„Vorwärts!“ zischte er in gebrochenem Englisch. Seine Hand griff nach dem Kind. Jennifer drückte den Knaben an sich. Ihre Augen flammten, das weiße Schwesternhäubchen war herabgefallen, die rotgoldenen Haare umhüllten ihr Gesicht wie eine lodernde Flamme.

„Zurück!“ flüsterte sie heiser, „rühren Sie das Kind nicht an!“

In der Tür tauchten jetzt andere Gestalten auf, phantastisch anzusehen. Die Stille war beinahe unheimlich. Die Augen der chinesischen Männer waren starr auf Jennifer gerichtet. Alle hatten Waffen in der Hand.

„Vorwärts!“ zischte der Mann mit der Narbe noch einmal und deutete auf die Tür. Einer der anderen war an das Lager Professor Ashleys getreten. Er beugte sich über die regungslose Gestalt. Dann richtete er sich auf

„Tot!“ sagte er und wiederholte es auf Englisch.

„Tot?“ flüsterte Jennifer. Ihre Augen flogen schau zum Bett hinüber. Sie konnte es nicht fassen.

Die Männer begannen jetzt unheimlich schnell und mit peinlicher Genauigkeit die beiden Kabinen zu durchsuchen. Sie stopften alles, was sie fanden, in die Koffer. Als einer seine Hand nach der roten Ledermappe ausstreckte, riß Jennifer sie an sich.

„Nein,“ sagte sie hart, „nein!“ Sie stopfte die Tasche in den Ausschnitt der Bluse. Mit dem einen Arm hielt sie den kleinen Yen Sei fest. Das Kind ahnte nichts von der Gefahr, es schlang die Arme Jennifer um den Hals und lachte die fremden Männer an.

Jennifer lauschte. Kam denn keiner zu Hilfe? Aber sie hörte nichts, es war seltsam still. Alles war so unheimlich schnell und lautlos vor sich gegangen.

Der Mann mit der Narbe rief den anderen irgend etwas Unverständliches zu. Sie rafften die Koffer auf und verschwanden durch die Tür. Der Chinese beugte sich noch einmal über die stille Gestalt Professor Ashleys. Brutal stieß er den Schaft des Revolvers in die Seite des regungslos Daliegenden.

„Rühren Sie ihn nicht an, lassen Sie den Toten in Frieden! Er ist gestorben — ein Toter, verstehen Sie das nicht?“

Jennifers Stimme war nur ein heiseres Flüstern. Der Mann wich zurück, Jennifer wußte, daß alle Chinesen sich vor Toten fürchten.

„Er ist ein Zauberer — ein großer Arzt — und nun ist er tot!“ sagte sie noch einmal. Sie fühlte, daß Tränen in ihren Augen brannten, aber sie durfte jetzt nicht weinen. Sie mußte Yen Sei schützen, sie mußte dieses Kind verteidigen, und wenn es ihr eigenes Leben kosten sollte.

„Wir gehen“, sagte der Mann mit der Narbe und stieß Jennifer, die den Knaben trug, vor sich her. Sie taumelte, wagte aber keinen Widerstand. Noch einmal warf sie einen Blick auf die stille Gestalt des alten Mannes, der zu ihr wie ein Vater gewesen war.

Sie fühlte das kalte Metall des Revolvers im Nacken. Still trat sie mit dem Kind in den schmalen Schiffskorridor hinaus.

Der Anblick, der sich ihr bot, benahm ihr den Atem. Das Schiff war von bewaffneten Chinesen besetzt. Die wenigen Passagiere standen mit dem Gesicht zur Wand und mußten die Arme über den Kopf heben. Als der Missionar, der Jennifers Schritt erkannte, sich umwenden wollte, schlug ihm einer der bewaffneten Männer brutal über den Kopf.

Der Kapitän und die Männer der Besatzung lagen gefesselt auf dem Boden.

Die warme, weiche Nachtluft brachte Jennifer ein wenig zur Besinnung. Sie blieb stehen.

„Ich will nicht weiter! Was wollt ihr von mir?“

Keiner antwortete, sie sah nur in ausdruckslose Asiatengesichter. Der Chinese mit der Narbe beugte sich dicht zu ihr herunter. Sie spürte seinen heißen Atem auf der Wange und fuhr zurück.

„Vorwärts!“ befahl er.

Mechanisch ging sie weiter. Sobald sie zögerte, fühlte sie den Druck des kalten Metalls, den Druck der Revolvermündung, die man an ihren Nacken preßte.

Wie durch einen Zauberschlag lohten jetzt am Ufer Feuer auf. Huschende Gestalten eilten hin und her.

Ein riesiger Mann in chinesischer Kulturtracht tauchte aus dem Dunkel auf. Uplötzlich fühlte sich Jennifer von zwei „rästigen Armen umschlungen und emporgehoben. Sie preßte das Kind an sich, ihr Atem ging keuchend. Eine Hand warf ein dunkles Seidentuch über

sie, nun sah sie nichts mehr, fühlte nur, daß sie getragen wurde. Tausend glitzernde Ringe begannen vor ihren Augen zu kreisen. Sie hatte das Gefühl, in eine purpurne Tiefe zu stürzen, dann verließ sie das Bewußtsein...

Ein tiefer, zitternder Atemstoß kam über die Lippen der stillen Gestalt, die einsam in der Kabine lag. Eine kraftlose Hand tastete nach dem Lichtschalter, aber es kam kein Licht.

„Jennifer!“

Keine Antwort. Professor Ashley versuchte sich zu erheben. Er schwankte, aber mit eiserner Energie hielt er sich aufrecht.

„Jennifer, wo sind Sie?“

In diesem Augenblick hörte Professor Ashley wieder den Rhythmus des Schiffsmotors. Das Schiff fuhr — wie lange schon?

Er tastete sich zur Tür vor, ganz plötzlich war auch wieder Licht da. Er rief. Eine weiße Gestalt kam aus die Ecke des Ganges. Der chinesische Steward.

„Wo ist Miß Stone?“

Der Chinese sah den alten Herrn an. Er versuchte zu sprechen, seine Lippen zitterten. Seine Stimme war leise und ausdruckslos.

„Fort“, sagte er, „fort — und der kleine Prinz auch!“

„Fort?“

In hastigen, sich überstürzenden Worten erzählte der chinesische Boy, was geschehen war: ... sie verschwanden alle zusammen im toten Land. Niemand wird sie wiederfinden. Von dort kehrte auch keiner zurück!“

Es war, als griffe eine Faust nach Professor Ashleys Kehle, er wollte schreiben, aber kein Laut kam über seine Lippen, und plötzlich wuchs die zarte Gestalt des alten Mannes, die Augen flammten wie in fanatischem Feuer.

„Von dort kehrte noch keiner zurück!“ murmelte er, „das wollen wir doch einmal sehen...“

(Fortsetzung folgt)

„Sichtvermerk“ für Seehunde
Herings-Atlas in Vorbereitung — Walfische werden nummeriert

So unglaublich wie es klingt: In den letzten Jahren wurde auch ein „Sichtvermerk“ für manche Wasserbewohner eingeführt, für die sich der Mensch teils aus wissenschaftlichen, teils aus wirtschaftlichen Gründen besonders interessiert. Vor allem wurden die Heringe einem „Vismuszwang“ unterworfen, seitdem der „Internationale Ausschuss zur Erforschung der See“ einen Appell an sämtliche Fischfang treibende Länder richtete, diese Fische mit einer Markierung an der Rückenflosse zu versehen. Seltener haben Millionen Heringe, mit einem solchen „Paß“ ausgerüstet, ihre Reisen angetreten, besonders in den Nordatlantik, der ja bekanntlich das Eldorado der Heringsfischer ist. Jeder Seemann, der nun einen solchen markierten Fisch fängt und den „Paß“ mit Orts- und Zeitangabe an die angegebene Anschrift einschickt, erhält dafür zehn britische Schillinge zur Belohnung. Auf diese Weise konnte ein großer Teil der Wanderwege dieses Fisches erforscht und ein „Herings-Atlas“ vorbereitet werden, der demnächst allen Fischern schon vor ihren Ausfahrten als zuverlässiger Wegweiser zur Verfügung gestellt werden soll.

Mit die ältesten Steckbriefe unter Wasser dürften für die seit altersher gejagten und vielbegehrten Walfische ausgestellt worden sein. Ihre ansehnliche Größe ließ es zu, daß in den dreißiger Jahren bereits ein englisches Schiff im Südpolargebiet mit einer systematischen „Numerierung“ begann. Das geschah auf die Weise, daß den „Elefanten der Weltmeere“ kleine, hohle Pfeile in den Speckwannt geschnitten wurden. Die Pfeile waren mit Widerhaken versehen und enthielten in ihrem Hohlraum Nummern und Hülsen, für deren Ablieferung die Forschungsabteilung des Londoner Kolonialamts den respektablen Betrag von 1 Pfund Sterling aussetzte. Wohl kam unter hundert nummerierten Walfischen lediglich von zwei bis drei Tieren Bescheid. Das genügt jedoch, um schon 1938 an die 5000 dieser Sichtvermerke vorliegen zu haben und sich nun auch über die ausgedehnten Wanderungen der Wale, die sich im Sommer im Eismeer und im Winter in den tropischen Gewässern tummeln, ein Bild machen zu können.

Angeregt von diesen Erfolgen kam der englische Zoologe Robert Law auf den Einfall, dasselbe Experiment mit — Seehunden zu versuchen. Gestig, gefast, Mr. Law schlug sein Quartier in der Antarktis auf und ist dort seit über zwei Jahren damit beschäftigt, unter den Rudertischen der jungen Seehunde Metallspangen anzubringen. Das soll allemal im buchstäblichen Sinn eine recht „kitzlige Angelegenheit“ sein, da ein vier Wochen altes Seehund-Baby immerhin an die 400 Kilo wiegt. Mr. Law, der seine Riesensables zudem noch zur zoologischen Klassifizierung mit einer wasserrechten Olfarbe anpinselt, soll seine Tätigkeit mittlerweile auch auf Süd-Georgien ausgedehnt und mit allen Seehunden der Antarktis trotz Wismuszwang gute Freundschaft geschlossen haben. A. S.

Faida - die blutige Rache der Sarden

Der Raub der Villagranda — Seltsame Sitten auf der „vergessenen Insel“

In dem Ausmaß, da es auf Sizilien nach der Unschändlichmachung Giulianos und seines Terrorregimes still und ruhig wird, macht sich die „Raubromantik“ auf der zweiten, aber weit weniger berühmten und fast unbekanntesten Insel Italiens, auf Sardinien, bemerkbar. Es handelt sich dabei um einen bedenklichen Rückfall in das alte sardische Übel, das im vergangenen Jahrhundert ganze Dörfer zerstörte. Das Wiederaufflackern der „faida“ (kommt von „Fehde“) und der „Sippentaxe“ wurde in den ersten Nachkriegsjahren als unvermeidliche Zeiterscheinung hingenommen; wie überall in Italien, waren auch auf Sardinien allzu viele Waffen in die falschen Hände geraten, während die wenigen, nach altnordischen Vorschriften ausgerüsteten Gendarmen dem immer frecheren Treiben der Rächer, Räuber und Viehdiebe machtlos gegenüberstanden.

Nachdem das Unwesen jahrelang fast unbehelligt gewuchert hatte, leitete der „Raub von Villagranda“ eine ernste Wendung ein. Ein mit Gendarmen besetzter Schnell-Lastwagen, der die Lohngeiler der gesamten Bauzone zum „Flumendosa-Staudamm“ bringen sollte, war auf offener Strecke von Banditen angehalten und ausgeplündert worden. Das Unternehmen war mit solcher Schnelligkeit vor sich gegangen, daß die im Handumdrehen entwaffnete Begleitmannschaft das Geschehene überhaupt erst nachträglich begriff. Nach diesem Fiasco wurde entschieden, den nächstfolgenden Transport durch ein eigenes, hinter dem Kassenwagen befindliches Geleitzfahrzeug zu sichern.

Die schweigsamen Dörfer

Der Überfall traf trotzdem ein. Es geschah in einer Haarnadelkurve. Belderside der Straße Buschwerk und verfilzte Hecken. Als das erste Fahrzeug hinter der engen Krümmung verschwunden war, wurde der in mächtigem Abstand folgende, mit Gendarmen besetzte Geleitzwagen plötzlich unter wütendem Feuer genommen. Fünf Mann waren sofort tot, die übrigen schwer und leicht verwundet. In der Zwischenzeit wurde der andere Wagen gemächlich ausgereist. Die Beute betrug viele Millionen.

Nun verfügte die Regierung großangelegte Gegenmaßnahmen. Spezialeinheiten mit Bandenkampferfahrung wurden in die Gefahrenzone gelegt. Fahrbare Radio-Gefechtsstände erleichterten das Zusammenspiel der Säuberungstruppen. Auf die Köpfe der gefährlichsten Banditen wurden hohe Prämien gesetzt. Tatsächlich aber gelang es trotz vielen hundert Verhaftungen nur in wenigen Fällen, Verdächtige tatsächlich zu überführen. Man stellte fest, daß steckbrieflich verfolgte Banditen seelenruhig in ihren Dörfern ein- und ausgingen, ohne daß irgend jemand daran dachte, die Gendarmen zu verständigen. Nach den ungeschriebenen Gesetzen dieser Insel

Magier an der „Börse der Illusionen“

Das Geheimnis des Abrakadabra — In geschmolzenem Metall

Lebhafter, interessanter und gemeinnisvoller als jede Außenministerkonferenz, als jede UN-Tagung und jeder Wirtschaftskongreß, war eine Beratung, die kürzlich in Paris stattfand. Mit Kaninchen geladene Kannonen, rechnende Enten, indische Gräber spielten dabei eine Rolle. Die Zauberkünstler aus der ganzen Welt hielten ihren Kongreß ab! Aus San Francisco und aus Melbourne, aus Tokio und Südamerika waren sie gekommen, die „großen Magier“, um das Geheimnis neuer Kunststücke, neuer Tricks kennen zu lernen. Freilich, die Preise auf dieser großen „Börse der Illusionen“ sind nicht immer billig und für die Enthüllung eines besonderen Tricks wurden hohe Summen verlangt. Sogar ein russischer Zauberer, Herr Balesky, durfte den Eisernen Vorhang passieren, um dem Kongreß beizuwohnen. Er sprach kein Wort und führte Kunststücke vor, die keine Sensation darstellten. Hugnetta de Lysolle, die einzige große Zauberkünstlerin der Welt, zeigte ihre Feuertricks und der 83jährige Alterspräsident der Taschenspieler, Monsieur Clement, führte drehende Hüte vor.

Vereidigte Zauberer

Seit Robert Houdin im letzten Jahrhundert aus der wenig angesehenen Taschenspielererei eine große Kunst machte, ist Paris stets die Hauptstadt der Zauberer geblieben. In Amerika gibt es heute 12 000 Mitglieder der „Internationalen Bruderschaft der Magier“. In England geben die 1 500 Magier sogar eine Fachzeitung „Abrakadabra“ heraus. In fast allen Ländern der Welt gibt es Vereinigungen der Amateur-Magier, die Gesandte, Bischöfe, Gelehrte und andere Interessenten umfält und deren Mitglieder sehr strenge Prüfungen bestehen müssen. Außerdem müssen sie schwören, niemals Berufsgeheimnisse zu verraten.

In Paris gibt es auch ein eigenes Kaufhaus für Magier, das jeden Apparat auf Bestellung ausführt, aber immer nur in einer einzigen Ausführung. Dagegen preist die „Magie Novelty Company“ in New York in ihrem 882 Seiten starken Katalog die Modelle von 5000 Apparaten an, die in großen Serien erzeugt werden. Die amerikanische Firma verzichtet somit auf das Geheimnis. Übrigens kommen die Geheimnisse auch trotz aller Vorsichtsmaßnahmen meist schnell an den Tag. Die Nachahmer gehen soweit, daß sie sich als Maschinenisten in den Theatern anstellen lassen, um mit den neuen Apparaten umgehen zu können und hinter ihre Geheimnisse zu kommen.

Die Uhren des Kardinals

Eigentlich hat erst Robert Houdins die Zauberei salonfähig gemacht. Vorher war jeder „Illusionist“ ein armer Mann, vor dem man sorgfältig den Silberkasten abschloß, wenn er in einer reichen Familie eine Vorstellung gab. Houdin, der Sohn eines Uhrmachers, erfand all die Tricks, die auch heute noch bewundert

werden: den wunderbaren Eisentanz, die verbrannte Schrift, die phantastische Schachtel, die unerschöpfliche Flasche, das Aufhängen in der Luft. Er entbrückte eines Tages sogar den Papst und erschröckte einen Kardinal. Er ließ sich nämlich von diesem eine sehr kostbare Uhr und ließ sie vor dem Papst und den übrigen Zuschauern fallen. Der Kardinal erstarb vor Schreck. Houdin tat so, als ob er verwirrt wäre, bückte sich, um die Uhr aufzuheben und zertrat sie, wie durch Unachtsamkeit, mit dem Fuß. Dann gab er die Trümmer der Uhr, die der Kardinal bleich vor Wut als die seine erkannte, in einen Mörser. Darin verschwanden sie wie durch einen Zauber, und die Uhr fand sich, völlig intakt, in der Tasche des Papstes wieder. Des Rätsels Lösung: Houdin hatte am Vorabend zufällig bei einem Uhrmacher eine Uhr entdeckt, die der des Kardinals gleich. Der Schwindler kostete ihn 480 000 Francs, die sich aber löhnten.

Houdin war es auch, der zum erstenmal den berühmten „Koffer des entwegesägten Pagen“ vorführte. Ein Trick, der später zu dem „zersägten Frau“ wurde. Dies geschah vor dem türkischen Sultan. Der Zauberer ließ eine Halskette des Sultans verschwinden und, um den Pagen zu bestrafen, der den Diebstahl vollführt hatte, wurde dieser in eine Kiste gelegt. Der große Zauberkünstler machte sich daran, ihn in Stücke zu zerschneiden, als plötzlich hinter einem Gitter lautes Klagegeschrei von Frauen zu hören war. Das war der Harem des Sultans, der bis dahin ruhig zusah.

„Madame“ Potiphar“ in der Pfalz

Der „keusche Josef“ und die „fromme Helene“

Es ist die Schuld der Bibel, daß die sonderbare Boudoirgeschichte, welche sich vor etlichen tausend Jahren zwischen der Gattin des ehrenwerten Herrn Potiphar und einem gewissen Josef in Ägypten abspielte, noch nicht in Vergessenheit geriet. Obschon gar nicht feststeht, ob besagter Josef verheiratet war, gilt sein Verhalten in den Augen mancher Ebeffrauen als Muster männlicher Beherrschung, während in Männerkreisen das Verständnis allgemein zu wünschen übrig läßt. — Man könnte somit die Episode von der unverstandenen Frau und ihrem standhaften Liebhaber mit leichtem Augenzwinkern ad acta legen, wenn nicht in diesen Tagen eine ähnliche Geschichte die Möglichkeit der alten Legende unter Beweis gestellt hätte.

Potiphar allerdings heißt die Dame, nicht, von welcher die Rede sein soll. Wir wollen sie in Anlehnung an Wilhelm Busch Helene nennen. Aber er, der merkwürdige Held des Liebesstreites, das Muster standhafter Männlichkeit, nennt sich Josef. Genau wie sein alttestamentarisches Vorbild an den Wassern des Nil.

Und so geschah es zu einer späten Stunde einer der letzten Nächte, daß harte Männerfüße einlaßbegehrnd und wenig diskret an die Zimmertüren eines Hotelchens in Landstuhl in der Pfalz klopfen. Sie gehörten Beamten der Fremdenkontrolle. Sonderbar schnell öffnete sich eine Pforte. In ihrem Rahmen stand ein wenig verwirrt und ohne Rock, Josef. Das Kleidungsstück befand sich im Inneren des Raumes in treuer Obhut von Helene, die mit Josef das Zimmer teilte. Ehe die Beamten die übliche Aufforderung nach Ausweisen an den „Mann“ bringen konnten, erklärte dieser, ein Fahndungsblatt ausgeschriebener Dieb zu sein und bat dringlich um Festnahme. Verständlich, daß der Wunsch Gewährung fand. Man nahm Josef mit zur Wache. Geschulte Augen suchten in Bergen von Fahndungsblättern nach seinem Konterfei. Vergebliche Mühe. Flehentlich aber bat er die Polizisten, den Rest der Nacht auf der Wache verbringen zu dürfen. Besser allein in einer engen Haftzelle als mit Helene in einem Hotelzimmer. Das sei gewiß recht moralisch und somit lobenswert, dachte

Die dreißig Frauen des Großherrn gaben ihren Abscheu vor solcher Grausamkeit kund. Robert Houdin mußte lange warten, bis er mit dem Zerschneiden seines Assistenten fortfahren, dessen Double ins Spiel bringen und die Halskette im Turban des Großväters wiederfinden lassen konnte.

Mißglückter Teil-Schuß

Manchmal wurde aus dem Schwank aber auch ein Drama. Torrin, der große italienische Zauberkünstler, tötete seinen eigenen Sohn inmitten einer Vorstellung in Neapel. Im Lauf der Vorführung seiner Nummer „Der Sohn Wilhelm Tellis“ war eine richtige Kugel unter die nachgemachten Patronen geraten. Der von Torrin herausgebetene Zuschauer schod, das Kind stürzte zusammen. Torrin dankte mit dem ewigen Bühnenschein, wandte sich um und sah, was geschehen war. Drei Tage später war der berühmte Magier nur noch eine Nummer in einem Asyl!

Houdin hinterließ ein Buch, „Les Secrets de la prestiditation“ (Das Geheimnis des phantastischen Winkels), das heute nicht mehr aufzutreiben ist, da die Berufsmitglieder ein Interesse daran hatten, es aus dem Umlauf zu ziehen, und von dem auch keine zweite Auflage erschien. Millionenfach zog er sich am Ende seines Lebens in sein Landhaus zurück, das er scherzhaft „die Arbeit der Atrappen“ genannt hatte. Hier gab es lauter Tricks. Die Uhren wurden durch das Öffnen der Türen aufgezo-gen, die Tiere automatisch zu bestimmten Zeiten gefüttert, während ein elektrischer Hauswart das Tor bewachte. Die Formel jener Flüssigkeit aber nahm er mit ins Grab, die es ihm erlaubte, seine Hände einige Sekunden in geschmolzenem Eisen zu tauchen (1600 Grad). Sie blieb bis heute ein ungeleitetes Geheimnis. C. C.

der Heviervorsteher, über die richtige Liebe hinwegwinkeln nicht. Und so redete er mit väterlicher Milde Josef gut zu, wieder in das Hotel zurückzukehren. Aber der wollte unter keinen Umständen, verlangte Asyl und wurde schließlich rennt. Was Bitten nicht bewirkten, mit Handgelenkfreiheit wurde es erreicht. Wegen Widerstandes blieb er in Gewahrsam. Folgsam und wie von schwerer Last befreit, ließ sich der Delinquent in eine Zelle sperren. Gleichmäßige Atemzüge kündeten bald, daß er die ersehnte Ruhe gefunden.

Des Rätsels Lösung? Josef war das, was man einen guten Kerl nennt. Nur von Helene wollte er nichts wissen. Es war eine Art Komplex bei ihm. Gerade dieses Mädchen aber stellte ihm auf Schritt und Tritt nach und ließ sich durch keinerlei Kälte abschüteln. Weder zu Hause, noch auf der Arbeit, noch bei einem abendlichen Glase Wein fand Josef Ruhe vor Helenes Verführungskünsten. Da beschloß der also Gemartete eine kleine Reise nach Landstuhl. Kaum hatte er jedoch im Zuge Platz genommen, als „zufällig“ Helene im gleichen Abteil auftauchte und ebenfalls nach Landstuhl wollte. Vor solcher Zähigkeit resignierte Josef, und Helene glaubte sich bereits am Ziele aller Wünsche, als man in der kleinen pfälzischen Stadt gemeinsam ein Hotel aufsuchte. Wie Butter an der Sonne schmolz der letzte Widerstand des Mannes vor den Zärtlichkeiten der Frau und restlos schien er eingesponnen in das reizvoll schillernde Netz des „ewig Weiblichen“. Da — die Polizei als Freund und Helfer in allen Lebenslagen — als Rettung in höchster Not klopfen Polizeifüße an die Tür, er öffnete rasch und sank erleichtert aus den weichen Armen Helenes an die härtere Brust der heiligen Hermandad.

Jammerschade, daß die Sympathie wiederum einseitig blieb. Denn recht zufrieden war keiner der Beteiligten mit dem happy-end. Mit finstern Gesicht, wie es Frau Potiphar gemacht haben muß, als ihr seinerzeit auch ein Josef durch die Lappen ging, fuhr Helene nach Hause. Der gemartete Josef unserer Tage hatte zwar seine Jugend getettet, muß dies aber mit einer Strafzettel bezahlen. J. F.

Er entschärfte 100 000 Minen

Gefährliche Abenteuer eines Obergefreiten — Ibn Saud verlieh diamantene Spangen

Der ehemalige Obergefreite Karl-Heinz Oheim ist in diesen Tagen endgültig in seine Heimatstadt Frankfurt am Main zurückgekehrt. Aus der Zeit nach 1945 brachte er zahlreiche Tapferkeitsauszeichnungen mit nach Hause, da er unter oft lebensgefährlichen Umständen als Spezialist half, viele tausend Minen zu entschärfen. Oheim hat die halbe Welt bereist auf der Suche nach neuer Betätigung. Jede entschärfte Mine hat er sorgfältig registriert. Und nun, da seit 1945 die Zahl 100 000 erreicht ist, hat Oheim seine Tätigkeit aufgegeben. „Man muß einmal Schluß machen können, sonst passiert eines Tages doch noch was. In die Luft fliegen möchte ich aber nicht“, meint er.

Als ehemaliger Pioniersoldat stand Oheim nach Kriegsende genau so vor dem Nichts, wie viele Millionen Deutsche. Ohne Beruf, die Wohnung zerstört, mit seinen alten Eltern ein möbliertes Zimmer bewohnend, waren Oheim und seine hilfbedürftigen Eltern der Not preisgegeben. Da beschloß der ehemalige Obergefreite, als Minenspezialist zu arbeiten. Im ersten Jahr war er im Böhmerwald tätig und entschärfte mit einem Kommando der Besatzungsmacht an der tschechoslowakischen Grenze 9560 Tellerminen. „Wir wurden gut bezahlt, aber es gab auch genug Unfälle“, sagte Oheim. „Man muß schon alle Einzelheiten genau verstehen, sonst soll man sich lieber nicht an den verschiedensten scharfen Minen vergröbeln.“

In dem Entschärfungskommando im Böhmerwald lernte Oheim einen Araber kennen, der zum alliierten Trupp gehörte. Mit seiner Hilfe gelangte er über Italien nach Arabien und trat einem Spezialkommando der saudi-

arabischen Armee bei. An der arabischen und palästinensischen Grenze gab es für einen Minenspezialisten bei den ständigen Konflikten laufend zu tun. „Hier entschärfte ich nicht weniger als 78 400 Minen. Ich hatte ein Minensuch- und Entschärfungskennzeichen zu leiten. Oft kam mir ein unwahrscheinliches Glück zu Hilfe. Während etwas unvorsichtige Araber links und rechts von meinem Standort von Zufallsexplosionen zerrissen wurden, blieb ich unverletzt. Ich erhielt den bronzenen, silbernen und goldenen Tapferkeitsstern der arabischen Armee. Letzteren vom König persönlich. Außerdem wurde mir für jede 100 entschärfte schwere Mine eine diamantene Bewährungs-spange verliehen, so daß ich jetzt gerade 78 habe, da nur selten leichte Minen entschärfte wurden.“

Von den Arabern mit Paß und internationalen Papieren ausgestattet, besichtigte Oheim anschließend 1948 in der afrikanischen Wüste rund 10 000 Minen aus der Zeit des Rommelfeldzuges. Im Frühjahr 1949 fuhr der Obergefreite a.D. nach Indochina, um für die Franzosen Minen der Aufständischen zu suchen und zu entschärfen. Bei der 100 000. machte er Schluß und fuhr als Privatmann, der er war, heim.

Am Rande des Todes hat sich Oheim so viel verdient, daß er mit seinen Eltern heute eine neu eingerichtete Drei-Zimmer-Wohnung besitzt und sich eine Schlosserwerkstatt einrichten konnte. Inzwischen trafen drei Briefe aus den Unruheherden der Welt ein, wo man von Oheim hörte und ihn zum Minenspezialisten „einlädt“. Aber der Obergefreite hat sich jetzt endgültig demobilisiert und denkt nicht daran, seinen eigenen Rekord zu brechen. R.v.B.